

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFACHWOCHE ZEITUNG

■ Kapitale Versprechen

Aufschlussreicher Blick in eine Zeitung der „Allianz für Deutschland“ zur Volkskammer-Wahl 1990. Herausgeber: Konrad-Adenauer-Stiftung
Seite 3

■ Stille um eine Reform

Was brachten 250 Tage „Gesundheitsreform“ – und wie soll es weitergehen?
Seite 5

■ Ständig wiederholt, aber unwahr

Schlagsätze der Neoliberalen und der NPD auf dem Prüfstand
Seite 7

■ Knigge für Journalisten

„Prinz Wilhelm von Preußen“ ist falsch! Seite 10

19

2004

12. Jahrgang

17. September

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345



„Allzu sicher sollten sich die Wahlgegner der PDS nicht fühlen. Noch sind die Affären der CDU nicht vergessen“, schreibt unsere Leserin Brigitte Jansen und erinnert an die Biedenkopf-Machenschaften rund um das Paunsdorf-Center, das teure Büro der Frau Biedenkopf, Amigo-Affären, den Streit um die Sachsenring AG, die Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit

den ehemaligen Finanzministern Schommer und Milbradt, die Lügen der Ex-Ministerin Weber, die Intrigen um das Versagen des Leipziger Kämmerers Kaminski ...“ Letzteres ist zwar noch ziemlich frisch, aber auch wohlverwahrt zwischen Aktendeckeln – bis nach der Wahl. Wie doch die Koalition zwischen SPD und CDU funktioniert!

Eine neue Mehrheit braucht das Land

VON PROF. DR. PETER PORSCH

Es ist nicht so, dass die CDU in 14 Jahren Alleinherrschaft in Sachsen keine „Erfolge“ vorzuweisen hat: Keine andere Regierungspartei in einem deutschen Bundesland hat es geschafft, so viele verfassungswidrige Entscheidungen zu produzieren, die vom Verfassungsgericht nach Klagen der Opposition korrigiert werden mussten. Ob Polizeigesetz, finanzielle Vernachlässigung der Kommunen oder Personalvertretungsgesetz, ob Auskunftsverweigerung gegenüber Abgeordneten, Verletzung von Minderheitenrechten in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und bei der Besetzung von Landtagsausschüssen, Blockade eines Volksbegehrens – immer wieder mussten Sachsens oberste Verfassungsrichter eine in selbtherrlicher und selbstgerechter Staatspartei-Manier auftretende CDU zur Ordnung rufen. Stets sorgte die PDS-Fraktion allein oder mit Unterstützung der SPD dafür, dass das oberste Gericht angerufen wurde. Seit der letzten Wahl konnten wir dies besonders energisch tun, weil wir mit 30 Abgeordneten das Quorum für sogenannte Organklagen aus eigener Kraft erreicht haben.

Dies zeigt, was eine starke PDS erreichen kann, und zugleich, warum eine noch stärkere PDS gebraucht wird. Denn so viele Untersuchungsausschüsse, die notwendig wären, um den schwarzen Filz und seine Skandale aufzuklären, kann kein Parlament einrichten. Wir haben dies in der abgelaufenen Legislaturperiode zwei Mal mit Erfolg getan, weil gute Opposition den Regierenden kritisch auf die Finger zu schauen hat. Zugleich haben wir uns immer als Opposition mit Konzept verstanden, Alternative Landeshaushalte und ein Alternatives Landesentwicklungskonzept für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre vorgelegt. Denn seit einigen Jahren herrscht in Sachsen Stagnation – Folge der Ideenlosigkeit einer Regierung, die konzeptionslos verwaltet, ohne das Land zu gestalten.

Diese Regierung hat aber auch andere zweifelhafte „Erfolge“ zu verzeichnen: Sachsen hat die Regionen mit der bundesweit niedrigsten Kaufkraft, seit vielen Jahren fehlen durchschnittlich 400 000 Arbeitsplätze und Sachsen ist zugleich Vorreiter bei Niedriglöhnen. In manchen Gegenden nähern wir uns einer Situation an, die man so zusammenfassen könnte: Tschechische bzw. polnische Löhne und deutsche Preise. Wer in dieser Lage wie Ministerpräsident Milbradt mehr Beschäftigung durch Niedriglohn verlangt, hat sich offenbar von der Realität weit entfernt.

Daher ist diesem Land eine neue Mehrheit im Landtag zu wünschen, die wieder näher dran ist an den Problemen der Menschen und so einen wirklichen Beitrag zu ihrer Lösung leisten kann. 14 Jahre absolute CDU-Mehrheit sind genug. Selbtherrlichkeit und Selbstgerechtigkeit können dem Land keine neuen Impulse geben. Sachsen braucht den politischen Wechsel. Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand.

„In Deutschland spricht man deutsch“

Zwei Drittel ihrer Wahlkampf-Rede in Leipzig waren verhallt, da setzte die CDU-Bundesvorsitzende zum Schlussangriff an. „Es gibt eine schweigende Mehrheit, die muss vom Staat geschützt werden“, tönte es von der Bühne links vor der Oper, hinter dem sorgsam aufgestellten Sperrgitter. Keiner begriff so recht, was für eine Mehrheit zu schützen sei, wieso und vor wem. Etwa vor Montagsdemonstranten?

Auf diese besonders bizarre Variation des Themas innere Sicherheit folgte – Schlag auf Schlag – das Thema Zuwanderung: „Wir müssen vor allem für Arbeitsplätze für unsere Menschen sorgen!“ Intelligenzabschöpfung vom Ausland, räumte Angela Merkel sinngemäß ein, sei natürlich angebracht. Aber „Pflegeplätze z. B. sollten von Deutschen besetzt werden ... Doch da wird mir gesagt, der rumänische Tellerwäscher kommt wenigstens pünktlich zur Arbeit ...“ Nach dem Seitenhieb gegen deutsche Bequemlichkeit die stramme Drohung: Wer zuwandert, muss sich integrieren. Beifallheischend ruft Merkel: „In Deutschland spricht man deutsch!“ Notfalls seien Ausländer schnell auszuweisen. Dann forderte die CDU-Vorsitzende mit dem Verweis auf die NPD dazu auf, zur Wahl zu gehen.

Unter ihren 200 bis 300 Zuhörern – die zahllosen Polizisten nicht gerechnet – waren auch Bürgerinnen und Bürger, die nichts mit Frau Merkel am Hut haben. Sie hatten einmal mehr erfahren, was es heißt, am rechten Rand zu fischen. Sie hatten erlebt, wie die CDU die NPD „bekämpft“, indem sie deren Parolen bekräftigt. Unfassbar, aber wahr: Die CDU bedient und schürt nationalistischen Ungeist, um ihre Vorherrschaft in Sachsen zu sichern.

Es ist gut, wenn die Leipziger Chefin dieser Partei wenige Tage darauf am Protestmarsch gegen einen möglichen NPD-Einzug in den sächsischen Landtag teilnahm. Und es kommt gut an, wenn der Ministerpräsident des Freistaats bei einem Wahlforum bedauert, dass die fehlende Zweisprachigkeit in Görlitz grenzüberschreitende Arbeitschancen verbaut. Die „Volkspartei“ hat viele Stimmen, auch Kreidestimmen. Doch wer CDU wählt, muss wissen, dass er den Kurs von Angela Merkel wählt.

Von der er in Leipzig hören konnte, dass sie den Kündigungsschutz für hinderlich, die Arbeit für zu teuer und den Ost-West-Unterschied bei Hartz IV wegen der niedrigeren Ostlöhne für nötig hält.

• G. BRAUN



Gregor Gysi gewann einmal mehr Hirne und Herzen. Die „Tonne“ der Leipziger Moritzbastei war am 12. September übergelb – unter den Zuhörern und Fragestellern viele junge Leute.



Leipziger Bürger trafen sich am 11. September auf Einladung des VVN/BdA zu einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Opfer des Faschismus auf dem Südfriedhof Leipzig.



Na, es geht doch: In der ersten Reihe die Landesvorsitzenden von PDS und SPD, Cornelia Ernst und Thomas Jurk (hier im Bild), aber auch Christine Clauß (CDU) und Antje Hermenau (Grüne) bei der Demo gegen Rechts „Keine Nazis in den Landtag – Die soziale Frage nicht von Rechts beantworten!“ am 11. September.

Fotos: Märker

Lysistrata und Christel – ein Paar für den Frieden

LN. Dr. Christel Hartinger – „eine der prominentesten Persönlichkeiten der Leipziger Friedensbewegung“, wie es einmal auf einer Attac-Einladung hieß – erhielt anlässlich des Weltfriedenstages den diesjährigen Lysistrata-Friedenspreis. Er wird gestiftet von Lisa, der Feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS Sachsen.

Die Laudatio für eine „langjährige Mitstreiterin und Freundin“ hielt Prof. Peter Porsch. „Deine Prominenz ist ein wohlthuende“, meinte er und begründete dies mit ihrer beispielgebenden Art, unvoreingenommen auf andere zuzugehen, zu ermutigen, um dem gemeinsamen Streben nach Frieden und Völkerverständigung näher zu kommen. Während des ersten Golfkrieges

organisierte sie auf dem Augustusplatz ein Friedenscamp und diskutierte bei Schnee und Kälte ohne Rücksicht auf ihre schwere Krankheit temperamentvoll erst recht mit denen, die anderer Meinung waren. Aus Protest gegen den Irak-Krieg initiierte sie ideenreiche Friedensaktionen. Wer Mahnwachen an der Nikolaikirche kennt, kennt Christel Hartinger, wer die Kleinarbeit des Leipziger Friedenszentrums kennt, weiß, was sie dort leistet, wer vertraut ist mit ihrem Engagement für die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft (deren Gründung sie anregte), der kann nur bestätigen, dass die Worte dieser bürgerlichen Frauenrechtlerin „Lieber fliegen als kriechen“ zuallererst auf die Preisträgerin zutreffen.

gewesen sei. Nach Kontakten befragt, erklärte er am 27. 11. 1992 bei einem Pressegespräch: „Es können auch 17 Geheimdienste gewesen sein“, die ihn abgeschöpft bzw. sich seiner bedient hätten. Ich wünschte mir, über solche Geheimdienste – auch die der Bundesrepublik, einschließlich des Verfassungsschutzes – und über deren Mitarbeiter ebenso informiert zu werden, wie ich von deren Geheimnisträgern über die Stasi informiert wurde. Aber da handelte es sich wohl doch um zwei völlig verschiedene Welten, auch wenn nur die herrschende Sicht der einen gelten soll.

SIEGFRIED SCHOLZE

Und Eppelmanns CIA-Kontakte?

für den Wahlkampf holt *Focus* auch solche verrostete Munition herbei.

Da wäre es interessant, auch einmal nähere Informationen zum Beispiel über mögliche Kontakte Pfarrer Eppelmanns zum CIA zu erhalten, zu denen der ehemalige, 1990 berufene „Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR“ und heutige CDU-Abgeordnete des Deutschen Bundestages meint, er wisse nichts davon, dass er CIA-Agent

Nun hat – neben dem Stasi-Theater um den Fraktionsvorsitzenden der PDS im sächsischen Landtag, Peter Porsch – die Zeitschrift *Focus* auch den Leipziger Vorsitzenden der PDS Volker Külow am Stasi-Haken. Der hatte vor rund 15 Jahren zwei Jahre lang als junger Nachwuchswissenschaftler bei seinen Auslandsbeziehungen Kontakte zum MfS gehabt. Zwar kann *Focus* nur wiederholen, was von Külow bereits seit 13 Jahren offen dargelegt und von ihm als Kandidat für die bevorstehende Landtagswahl auch in seinem Wahlkampf-Flyer nicht verschwiegen wird, doch

SO SEHE ICH DAS



Die Heßlings sind unsterblich

Man muss gewiss nicht über ein Stöckchen springen, das Joachim Gauck dem zufälligen Leser hinhält – aber wenn es so eine gelungene Steilvorlage ist: Die Menschen im Osten hätten sich nie an den Status eines Bürgers gewöhnen können, höhnt er. „Sie erwarten zu viel von denen da oben – wie ein Untertan.“

Untertan – das assoziiert bei mir unweigerlich Dieterich Heßling, den kaisertreuen Toilettenpapierhersteller Marke *Weltmacht*, wie er während seiner römischen Hochzeitsreise seine Braut stehen lässt und Hurra! brüllend neben dem Wagen seines Kaisers herschnauft. Der wahre Untertan, Dreck beschmiert von oben bis unten.

Tödlich lächerlich. Ich seh dieses Bild, das Heinrich Mann für alle Zeiten so eindrucksvoll zeichnete, vor allem deshalb so klar, weil Wolfgang Staudte es 1951 in der jungen DDR in seiner ganzen Erbärmlichkeit in Szene setzte. In einem DEFA-Film übrigens, der in Westdeutschland lange Jahre auf dem Index stand, also verboten war. Was nachvollziehbar ist.

Nicht nachvollziehbar ist die unqualifizierte Verwendung des Wortes Untertan, das spätestens seit Heinrich Mann für einen ganz bestimmten Typ Mensch besetzt ist. DDR-Bürger waren wahrlich keine Untertanen, all die 41 Jahre nicht. Waren sie am Ende nicht sogar Helden? Gaucks unmaßgeblicher Meinung nach jedenfalls, weil Teile des Volks die DDR regelrecht weglatschten. Einige beteten sie auch weg. Ich weiß nicht, was effektiver war. (Jetzt soll ja jeder Fünfte die Mauer wieder wollen!) Gerade Gauck als selbst ernannter Bürgerrechtler gehört zu denen, die bis heute erklären, zu dieser „Revolution“ hätte unwahrscheinlich viel Courage gehört – weil immer die Gefahr einer chinesischen Lösung lauerte. Wider bessres Wissen bis heute solchen Horror zu behaupten (schlimmer: konsequent die These von den zwei

Diktaturen zu vertreten, wie er es tut), das nenne ich Untertanengeist.

Die Masse der DDR-Bürger ist nicht zu den Fleischtöpfen der Mächtigen gekrochen wie gewisse „Bürgerrechtler“. Das Volk in seiner Masse hechelte nicht neben Kohl und Co. im Staub – auch wenn es zum Teil recht unsinnige Erwartungen an sie hatte. Dafür wurde das Volk von Kohl und Co. in den Staub gezwungen. Und weil sich die einstigen DDR-Bürger heute endlich wieder auf ihre Würde und ihre Menschenrechte besinnen und erneut aufbegehren, wieder zu Zigtausenden auf die Straßen gehen (und damit auch ihren westdeutschen Brüdern und Schwestern zeigen, was staatsbürgerliche Verantwortung ist), verbreitet einer wie Gauck ganz schnell, dass es für die Menschen im Osten außerordentlich schwer sei, Ja zur Freiheit und zur eigenen Verantwortung zu sagen. Dies liege daran, dass die Menschen im Osten „nie trainieren konnten, was es bedeutet, ein Bürger zu sein“. Wenn Gauck das von sich glaubt, bitteschön, in Gottes Namen.

Die Heßlings sterben eben nicht aus.

• MAXI WARTELSTEINER

Witz des Jahres

Angela Merkel – Sie erinnern sich, das ist die einstige Leipziger Physikstudentin, die „mit der Faust in der Tasche“ (bildlich vorstellen!) mithilfe, die Moritzbastei als künftigen FDJ-Studentenklub freizuschaulen – erhielt dieser Tage anlässlich ihres Leipziger Wahlauftritts die Ehrenmitgliedschaft dieser Örtlichkeit.

Es begann im Herbst 1989 mit kapitalen Versprechungen

Die CDU sowieso, eine DSU, ein Demokratischer Aufbruch – wer erinnert sich all der neuen östlichen und westlichen Heilsbringer des 89er Herbstes und des Frühjahrs 1990; nicht zu vergessen die plötzlich über uns herfallenden Republikaner und andere Nazis – alle zusammen wollten nichts sehnlicher, als die DDR in die freiheitliche soziale Marktwirtschaft zu entführen. Kein Versprechen, das zu blumig gewesen wäre. Wen scherte es da, dass in einer einmalig völkerrechtswidrigen, in einer skandalösen Einmischungsaktion bundesdeutsche Parteien und deren Politiker auf dem Boden einer souveränen DDR agierten, als wären sie hier zu Hause, und so die Volkskammerwahl vom März 1990 auf ihre Weise dominierten. Kanzler Kohl, der den DDR-Bürgern die sprichwörtlich gewordenen blühenden Landschaften versprach, verkündete damals in einer von der sogenannten *Allianz für Deutschland* herausgegebenen Wahlzeitung selbstherrlich und diktatorisch: „Die

Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR ist die Grundvoraussetzung für die Verwirklichung der von mir vorgeschlagenen Währungsunion. Dieses Angebot bedeutet, daß die Bundesregierung bereit ist, auf außergewöhnliche Ereignisse und Herausforderungen in der DDR ihrerseits eine außergewöhnliche Antwort zu geben. Schließlich geht es um vieles mehr als um Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung.“ Gewiss doch, es ging, wie der Kanzler hinzugefügt hatte, um ein unmissverständliches Signal der Hoffnung. Das Kapital hat den Ruf gehört und die DDR in „treue Hände“ genommen, jedwedes Konkurrenzpotential zwischen Rostock und Suhl plattgemacht und dabei großzügig die ostdeutschen Geschäfte und Kunden übernommen. So war die Währungsunion vom ersten Tag an nichts anderes als ein Danaergeschenk. Betreiben wir etwas Zeitungsschau, im Propagandablatt reinsten Wassers der *Allianz für Deutschland*:

Im anderen Teil unseres Vaterlandes haben sie gesehen, wie viel wirkliche Sozialleistung eine freiheitliche Demokratie schaffen kann, die nicht auf Kollektivismus und Gleichmacherei, sondern auf gerechte Verteilung nach Leistung gegründet ist. Schließlich kann nur ein starker Staat auch die Schwachen stützen.

... im Westen gibt

Der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière und Wahlsieger vom 18. März 1990 versprach: „Wirtschaftswunder nur mit starker CDU möglich“

Was wird aus den Wohnungen und den Mietpreisen, wenn die Soziale Marktwirtschaft bei uns eingeführt wird? Diese Fragen und Sorgen unserer Bürger hat der West-Berliner CDU-Vorsitzende, Eberhard Diepgen aufgegriffen und angeregt, bei uns ein Mieterschutzgesetz einzuführen, wie es bereits in der Bundesrepublik in Kraft ist. Diepgens Vorschläge:

- Einem vertragstreuen Mieter darf grundsätzlich nicht gekündigt werden. Das gilt auch, wenn der Eigentümer der Wohnung wechselt.
- Erhöhungen der Mieten sollen wie in der Bundesrepublik begrenzt werden.

Was für eine schöne heile Mieterwelt. Leider wurde sie von einer brutalen Marktwirtschaft eingeholt. Die Wohnung ist längst Ware und durch den Einigungsvertrag geschützte DDR-Mietverträge gelten nicht mehr, wenn Bodenspekulanten ins Spiel kommen ...

Nicht mehr lange und selbst Privatunternehmer dürfen dank Hartz IV Ein-Euro-Stundenlöhne zahlen. Kein Wunder, dass die „Allianz für Deutschland“ im Wahlfrühjahr 1990 gegen den FDGB wettete, der ja immer noch Sitz und Stimme in der Volkskammer der DDR hatte. Das war erstaunlicher Klartext, der einen mündigen DDR-Bürger hätte stutzig machen sollen:

Die SED-„Gewerkschaften“ haben sich ein Mitbestimmungsgesetz zusammengestellt. Sie haben sich ausbedungen, „über ihre Leitungen bei allen Personalangelegenheiten“ mitzuwirken und mitzuentcheiden. Außerdem wollen sie wie gehabt, „zu allen Fragen und Lebensbedingungen der Werktätigen“ eigene Gesetzentwürfe auf allen Ebenen der Volksvertretung einbringen“. Damit uns die gewerkschaftliche Bevormundung auch weiterhin nicht erspart bleibt, haben sie in ihren Gesetzentwurf geschrieben: „Gesetze und andere Rechtsvorschriften zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, wie Entlohnung, Sozial- und Rentenrecht, Preise, Besteuerung, Arbeit- und Gesundheitsschutz ... bedürfen der gewerkschaftlichen Mitbestimmung (Vetorecht).

„Keine Angst vor der Sozialen Marktwirtschaft!“ Das sagt Bernhard Holscher aus Nordrhein-Westfalen allen Arbeitnehmern in der DDR. Der 53jährige Maurer ist Vorsitzender des Betriebsrates in einem mittelständischen Bauunternehmen. „Bei uns sind alle Gehälter tariflich vereinbart. Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen handeln die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern aus.“

mung (Vetorecht).

Wär ja auch zu schön gewesen. Übrigens: Die ehrliche Überschrift zu dieser christdemokratischen Kampfansage lautet: „Wie der FDGB Westunternehmen abschreckt“.

Modeinstitut fürchtet West-Konkurrenz nicht

Alfred Marquardt, Sprecher: „Ich habe überhaupt keine Angst, daß

wir untergebuttert werden“, sagt Marquardt ...“ (der Sprecher des Modeinstituts der DDR). Daher also kommt die unlogische Formulierung: ein hoffnungsloser Optimist.



Der Tanz ums Goldene Kalb - aktuell wie eh und je.

Gemälde von Nicolas Poussin

Für unser Land

„Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden, dass, veranlasst durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.“

CHRISTA WOLF
28. November 1989

ICH WERDE IN DEN LETZTEN MONATEN nachts immer öfter wach, verfolgt von dem Gefühl, „die“ verspielen die DDR. Und ich habe mich gefragt: Wozu hast du denn die „Alternative“ geschrieben?

DR. RUDOLF BAHRO
in einem Gespräch mit dem „Neuen Deutschland“, 23./24. 12. 1989

DIE DEMONSTRATIONEN MACHEN JETZT DIE POLITIK, unter freiem Himmel, bei Wind und Wetter. Währenddessen bringt sich die neue Regierung unter Dach und Fach. Ich sehe nicht, wie das auf Dauer zusammengeht, wie der Willen der Straße in das Hohe Haus ziehen soll. Er ist diffus, dunkel und wankelmütig, und er hat keine Vertretung, die den Streit der Interessen in den Belegschaften und Wohngebieten austrägt und ihn nach oben vermittelt.

VOLKER BRAUN
aus: Notizen eines Publizisten

... IN EINER KARIKATUR in der Berliner Volkszeitung stand: „Kommt die Arbeitslosigkeit, bleiben wir hier, kommt sie nicht, gehen wir hin.“ Nun, die Menschen in der DDR sind nicht dumm, und sie werden eher weggehen, wenn die Arbeitslosigkeit kommt. Und da müssen wir weiterhin Platz machen für die Deutschen aus östlicher Welt. Dafür sorgen bereits viele Unternehmer und die Vermieter. Doch die Bundesregierung will sich nicht auf den Markt verlassen, sondern sicher gehen, daß wir euch auch genug Platz machen. Dafür hat sie ein neues Ausländergesetz vorgelegt ...

MEHMET DERTLI, BIELEFELD
Leserbrief im „Neuen Deutschland“
vom 5./6. Mai 1990

• Zusammengestellt und kommentiert von
M. WARTELSTEINER

... und auch 15 Jahre später nichts als hohle Worte

Am Wochenende feierte der SC DHfK Leipzig sein 50-jähriges Bestehen. Prominenz aus Sport und Politik war dazu in der Sportstadt Leipzig präsent. Die Sportlerinnen und Sportler alle aufzuzählen, würde unser Blatt sprengen. Unserem Abonnenten Gustav-Adolf „Täve“ Schur aber gratulieren wir besonders herzlich. Er wurde von den Teilnehmern der Geburtstagsfeier zum populärsten Sportler in

Sportstadt Leipzig

der 50-jährigen Klub-Geschichte gewählt. Soweit die positiven Sportpolitik-Schlagzeilen. Negativ und viel schwerwiegender sind die Informationen über abgesagte Sportveranstaltungen auf nationalem und internationalem Niveau. Erst im August wurde bekannt, dass die für das kommende Jahr geplanten Deutschen Hallen-Leichtathletik-Meisterschaften nicht stattfinden können. Triftiger Grund: Am gleichen Wochenende wird die ARENA Leipzig für den „Musikantenstadl“ gebraucht. – Garantiert ausverkaufte Veranstaltung. Ob das auch bei der Leichtathletik der Fall wäre, kann nicht prognostiziert werden. Weiter: Im April 2005 fallen die an Deutschland vergebenen Gewichtheber-Europameisterschaften zwar noch nicht aus, aber in Leipzig werden sie nicht stattfinden. Der deutsche Verband kann auf Grund seiner

Finanzlage die Veranstaltung nicht gewährleisten. Ein neuer Veranstalter wird in Europa gesucht.

Und noch einmal Leipzig: Im Sommer wurde die Laufbahn der Sportanlage „Charlottenhof“ in der Erich-Köhn-Straße erneuert. Dies war notwendig geworden, weil die Anlage neben dem Schulsport auch für den Leistungssport durch den SV Lindenau 1848 genutzt

wird. Konsequenz: Neue Laufbahn nicht mehr nutzbar, da der bauausführende Betrieb sämtliche in Deutschland geltenden Vorschriften für den Bau solcher Anlagen außer Kraft gesetzt hat, z. B. unterschiedliche lange Stadiongeraden, unterschiedliche lange Stadiongeraden, unterschiedliche Radian in den Kurven. Gut, dass die Olympischen Spiele 2012 nicht nach Leipzig kommen! Dann wäre dieses Stadion in unmittelbarer Nähe des Leichtathletik-Olympiastadions eine der Trainings- und Aufwärmstätten für die Sportlerinnen und Sportler gewesen. Oder hätte der „Charlottenhof“ kurz vor Beginn der Spiele 2012 aus dem Olympia-Bauprogramm eine neue Laufbahn erhalten? – Hoffentlich fordert die Stadt im Rahmen der Gewährleistungspflicht die unverzügliche und kostenlose Beseitigung der Mängel.

• H. E.

Bauhöfe-Dilemma

Der Wert der Bauhöfe ist unbestritten, sie sind quasi die „Hausmeister vor Ort“. Dass sie dennoch wirtschaftlich zu betreiben sind, versteht sich von selbst. Dies zu überprüfen forderte ein Antrag der PDS-Fraktion vom Dezember 2002, der vom Stadtrat bestätigt wurde. Die Verwaltung sollte ein halbes Jahr später ein Konzept zur personellen und materiellen Ausstattung der Bauhöfe vorzulegen. Was aber im Frühjahr 2003 als „Strategie der wirtschaftlichen Betreuung von Bauhöfen in den eingemeindeten Ortsteilen“ vorgelegt wurde, musste aus Qualitätsgründen zurückgezogen werden. Ein neues Konzept gibt es bis heute nicht. Was ist los, Herr Oberbürgermeister? Warum fehlen Kontrollmechanismen, warum wird der Stadtrat, der von den Bürger gewählte Souverän, nicht über Verzugsgründe informiert?

Wer also wird nun zur Verantwortung gezogen? Die finanzielle Lage der Stadt scheint gar nicht so schlecht, wenn fast zwei Jahre vergehen, ehe man die Wirtschaftlichkeit der Bauhöfe auf den Prüfstand stellt.

• HORST PAWLITZKY

Gerade haben die LVB-Mitarbeiter drei Jahre lang auf Tarifierhöhungen und weitere Leistungen verzichtet, um ihr Unternehmen „zu retten“. Was müssen sich die Werkstätigen in diesem reichen Land noch alles gefallen lassen?

Haben Sie sich alle Preisanstiege notiert?

Wie schlugen LWB, LVB, Stadtwerke usw. zu?

fragten wir in LN Nr. 15. Die Leipzigerin GERLINDE ROST registrierte die Preiserhöhungen der LVB seit 1995.

Am 3. Juni 2002 hatte sie eine Eingabe an das Regierungspräsidium Leipzig geschickt und gegen die zweite Preiserhöhung allein im Jahr 2002 protestiert: „Es ist unglaublich, mit welcher Unverschämtheit von dieser Einrichtung den Fahrgästen das Geld aus der Tasche gezogen wird.“ Sie wies in ihrem Schreiben mit konkreten Angaben nach, dass sich seit 1995 die Fahrpreise zum Teil mehr als verdoppelten! Und das bei sinkendem Service.

Wohin fließt das Geld, das doch reichlich von den Fahrgästen, aus Werbeeinnahmen und aus Zuschüssen kommt, fragte sie und argwöhnnte überhöhte Managergehälter, Abfindungen und andere Skandale.

In ihrer Eingabe hieß es auch: „Am 13. 9. 2001 hatte ich mich telefonisch bei Frau C. ... (MDV) über die ebenfalls 2. Preiserhöhung in diesem Jahr und den Wegfall der Kinder-Kurzstreckenkarten beschwert. Sie sagte, dass es für den Verkehrsverbund einheitliche Spielregeln gibt und dass es vorläufig keine weitere Preiserhöhungen geben wird, auch nicht im nächsten Jahr. Ihr das zu glauben war wohl meine Dummheit, oder?“

Frau Rost bekam auf ihre Beschwerde über „extreme Preiserhöhung“ eine dreiseitige Antwort, in der ihr mitgeteilt wurde, dass die „für die Tarifumsetzung abgegebenen Prognosen gezeigt haben, dass

- für 90 % aller Fahrgäste keine Preissteigerung, eher Preissenkungen
- für ca. 9 % geringfügige Preissteigerungen und
- für ca. 1 % Härten eingetreten sind.“

Die Tarifumstellung sei ein Erfolg. „Für eine erste Tarifierpassung nach Verbund Einführung haben deshalb die Verkehrsunternehmen und die Verbundgesellschaft entschieden, eine moderate Tarifierpassung in Höhe von ca. 4 % vorzunehmen, die zu Mehrerlösen bei den Verkehrsunternehmen führen soll. Für die Preisstufe 2 und 4 erfolgt jedoch zur Herstellung der Tarifgerechtigkeit eine lineare Tarifiergleichung, die die nicht gerechtfertigten Absenkungen in den Preisstufen stufenweise abschließt.

Davon sind leider auch Sie, Frau Rost, betroffen.“

Und das Ganze endet: „Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Tarifierentscheidungen in erster Linie das Gemeinwohl berücksichtigen müssen. Aus diesem Grund können Härtefälle leider nicht immer ausgeschlossen werden.“

Wie gesagt, das war 2001 und 2002. Seither haben sich die LVB für das Gemeinwohl regelrecht zerfetzt.

Nun ist es bereits mehr als sechs Monate her, dass ich in die bayrische Landeshauptstadt übersiedelt bin. Übersiedelt? Nein, das ist wohl das falsche Wort. Eher bin ich der Notwendigkeit gefolgt, die mir von meinem „Arbeitgeber“ unmissverständlich mitgeteilt wurde: Entweder Versetzung von Leipzig nach München oder betriebsbedingte Kündigung. Lediglich einem engagierten Betriebsrat habe ich zu verdanken, dass ich die monatlichen Mehrkosten von über 700 Euro für Miete und Heimfahrten nicht allein zahlen muss. Und ich muss daran denken, wie viele Pendler aus dem Nordosten, aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt einen großen Teil ihres Geldes in die Fahrt zum oftmals Hunderte Kilometer entfernten Arbeitsplatz investieren, wie viele Familien auseinandergerissen werden, wie stark Beziehungen belastet werden – für eines der wichtigsten Menschenrechte – für das Recht auf Arbeit. Und gleich kommt mir meine eigene Situation vergleichsweise harmlos vor.

Aufgewachsen bin ich in Leipzig. Hier habe ich meine Kindheit verbracht, die Lehre als Drucker absolviert, studiert, geheiratet, meine Kinder großgezogen. Ich habe meine Heimatstadt geliebt und liebe sie noch immer. Da war das alte Zeitkino im Hauptbahnhof, in dem wir als Kinder stundenlang den *Augenzeugen* und Uraltfilmchen angeschaut haben, als Jugendlicher habe ich hier in der letzten Reihe meine erste Freundin geküsst; in den Ruinen der alten Stadtmauer an der Moritzbastei sind wir herumgestromert, immer auf der Suche nach jenem Geheimnisvollem und Grauenhaftem, von dem wir in den alten Edgar-Wallace-Filmen nicht genug bekommen konnten. Da waren auch der erste Rotwein- und Pfffi-Umtrunk auf dem Spielplatz um die Ecke und die Party im Keller eines Schulfreundes, auf der wir bei Pink Floyd und den Rolling Stones, aber auch bei Citys „Am Fenster“ und Klaus Renfts „Apfeltraum“ von der ersten großen Liebe träumten. Da fühle ich wieder diese unverwechselbare Mischung aus grauem Alltag und wilder Abenteuerlust, aus verfallender Hinterhofkultur und mühsam

Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN, stellt sich vor

Übersiedlung Heimatgefühle Erste Begegnungen

finanzierter Wiedererstellung historischer Gebäude, wie dem Alten Rathaus am Markt. Da waren die alten gelb-blauen Straßenbahnen, die langsam die Kohlengartenstraße hinauf rumpelten, da gab es aber auch die Neubauwohnung in Grünau, trocken und warm, um die wir mit zahllosen Eingaben gekämpft hatten und die uns dann wie das schönste Weihnachtsgeschenk vorgekommen war. Und dennoch, wenn ich heute sehe, wie neben all dem in den neunziger Jahren wiedererstandenen Schönen auch die kalte Uniformität westdeutscher Innenstädte in meinem Leipzig Einzug gezogen hat, wie lieblose und wider jeder Vernunft errichtete Prestigebauten das Stadtbild verunzieren – dann sehne ich mich gelegentlich nach dem zwar alten und verfallenen, aber irgendwie auch unverwechselbaren und liebenswerten Leipzig meiner Kindheit zurück.

Und nun also München. Der Empfang im Februar ist eher trist, strömender Schneeregen. Bei der Entscheidung zwischen einem kleinen Zimmerchen im Zentrum und einer größeren Wohnung im Umland hat das Zimmerchen gewonnen – 18 qm für 435 Euro warm. Die Kollegen empfangen mich mit Neugierde, bin ich doch der erste Ostdeutsche, der in ihre Kreise eindringt. Auch für mich ist diese Anhäufung von Wessis neu, und wir sind zunächst alle von jener sterilen Freundlichkeit, wie sie Menschen eigen ist, die sich erstmals begegnen. Und nach dem ersten gegenseitige Abtasten brechen unsere beiderseitigen Vorurteile bald zusammen. Ich meinerseits spüre recht schnell, dass die Münchner nicht mit den Allgäuern und

den Franken zu verwechseln sind, dass sie auch nichts gemein haben mit dem Kracherne-Lederhosen-und-gamsbartgeschmückten-Hütchen-Image, das den Bayern oft anhaftet. Im Gegenteil. Erstaunt stelle ich bald fest, dass München viel kleiner, aber irgendwie auch moderner ist als gedacht. Die Münchner sind ein fröhliches Völkchen, das in der Sommersonne eifrig die Biergärten bevölkert, überall jene pure Freundlichkeit, die einerseits gut tut, die andererseits seicht und unverbindlich bleibt. Und bei Sonne herrscht hier eine Art mediterranes Flair, das aus der Toskana herüberzuwehen scheint; die Münchner lieben es aufzufallen und gesehen zu werden – niemand echauffiert sich über Radfahrer, die mit Schweißbrille fahren, um ihre Augen zu schützen, über attraktiv gestylte Mädchen, die im Eiscafé mit jungen Männern flirten, über Falschparker, die andere Autofahrer behindern ... Gelassenheit ist das Programm, und die zeigt sich auch in den Unternehmen. Der Münchner beginnt gewöhnlich zwischen 8 und 10 Uhr mit seiner Arbeit, lässt sich bei Sonnenschein in der Mittagspause im italienischen Eiscafé nieder, schlürft seinen Latte Macchiato und versucht so, das Angenehme mit dem Nützlichen sinnvoll zu verbinden. Lebensqualität wird hier am Bräunungsgrad der Haut gemessen – kein Vergleich mit meinen oftmals vor 7 Uhr mit der Arbeit beginnenden, auf Pausen verzichtenden und unbezahlte Überstunden schuftenden Landsleuten, die in erster Linie eine Angst vorantreibt – die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes.

So viel für heute, Ihr

Matze

Von DIETMAR PELLMANN

250 Tage sogenannte Gesundheitsreform – und wie weiter?

Es sind inzwischen reichlich 250 Tage her, seit das Gesundheitsmodernisierungsgesetz eingeführt wurde, hinter dem sich die sogenannte Gesundheitsreform verbirgt. Die anfängliche Aufregung und der Massenprotest gegen Praxisgebühr und erheblich gestiegene Zuzahlungen scheinen sich gelegt zu haben. Das Thema taucht kaum noch auf den ersten Zeitungsseiten auf; es wurde durch Debatten um Hartz IV verdrängt. Das hat Methode und liegt in der Anlage der Schröderschen Agenda 2010 begründet. Die stellt einen ausgeklügelten Stufenplan bisher ungekannten Sozialabbaus dar. Nach dem Prinzip *Teile und Herrsche* war die sogenannte Gesundheitsreform, die vor allem Alte, Kranke und Menschen mit niedrigem Einkommen hart trifft, der erste Schritt. Gestützt auf die Parole, die Alten würden auf Kosten der Jungen leben, folgten Entscheidungen, die erstmals seit Jahrzehnten zu einer Absenkung des Rentenniveaus führen. Hartz IV markiert nunmehr für Millionen Menschen noch weit aus tiefere Einschnitte in ihre Lebenslage, ohne dass sie wirklich Aussicht auf existenzsichernde Arbeitsplätze hätten. Dass dieser Stufenplan, der bewusst auf Entsolidarisierung zwischen Generationen und verschiedenen Bevölkerungsgruppen setzt, inzwischen von immer mehr Menschen durchschaut wird, zeigen die Protestaktionen gegen Hartz IV. An den Demonstrationen nehmen eben nicht nur Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfänger, sondern immer mehr Menschen teil, die nicht unmittelbar betroffen sind. Vielen wird immer bewusster, dass die bisherigen und noch zu erwartenden „Reformen“ engstens miteinander verflochten sind und so insgesamt einen neuen Meilenstein der Umverteilung von unten nach oben markieren. Daher macht es auch Sinn, danach zu fragen, was die „Gesundheitsreform“ gebracht hat, zu welchen Einschnitten sie bisher führte und was künftig noch zu erwarten sein wird.

Erfolgsmeldungen und Durchhalteparolen

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt wurde in den vergangenen Wochen nicht müde, fast täglich Erfolge und Segnungen ihrer Reform zu verkünden. Um 10 Prozent seien die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Medikamente im ersten Halbjahr zurückgegangen. Allein das sei schon ein Beleg dafür, dass die Reform wirke. Frau Schmidt verschweigt allerdings, dass sich die Einsparungsrate im zweiten Quartal gegenüber den ersten drei Monaten dieses Jahres bereits erheblich verringert hat. Und es scheint sie auch nicht zu interessieren, dass die Kassen immer mehr für eine erfolgreiche Therapie notwendige Medikamente und Heilmittel gar nicht mehr finanzieren und diese ausschließlich von den Betroffenen zu bezahlen sind. Bekanntlich können sie diese Auslagen nicht einmal auf die Zuzahlungsgrenze von ein oder zwei Prozent ihres jährlichen Bruttoeinkommens anrechnen. Ebenfalls als grandioser Fortschritt wird der Rückgang bei Arztbesuchen gefeiert. Obwohl auch hier mit weitaus höheren Raten gerechnet wurde, könnte der Verzicht auf Konsultation des Arztes mit erheblichen Spätfolgen verbunden sein,

die dann für die Krankenkassen noch teurer werden können. Gleiches betrifft die rapide Absenkung des Krankenstandes im ersten Halbjahr. Ursache für diesen Trend sind vor allem in den neuen Bundesländern wachsende Befürchtungen um den Verlust des Arbeitsplatzes. Ärzte warnen doch nicht deshalb vor solchen Fernwirkungen, weil sie angesichts niedrigerer Patientenzahlen um ihre Honorare fürchten. Angesichts wachsenden Ärztemangels in sächsischen Regionen wäre das auch kaum nachvollziehbar. Trotz der genannten Einsparungen halten sich die meisten Krankenkassen bei Beitragssenkungen zurück, weil sie in der Vergangenheit aufgenommene Bankkredite tilgen müssen und zudem auch nicht sicher sein können, wie die weitere Entwicklung verläuft. Ulla Schmidt hatte bei der Begründung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes vorausgesagt, dass 2004 der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkassen von 14,3 auf 13,6 Prozent sinken werde und damit die zusätzlichen Belastungen für die Beitragszahler ausgeglichen würden. Von die-

sem Ziel sind wir indes weit entfernt; bisher kam es lediglich zu einer Verringerung um 0,1 Prozent, so dass sich die Vorhersage der PDS leider bestätigt hat und die Kostenreduzierung im Gesundheitswesen fast ausschließlich von den gesetzlich Krankenversicherten getragen wird.

Große Sozialraubkoalition

„Harmonie pur“, überschrieb eine Leipziger Tageszeitung am 27. August einen Beitrag. Auf dem Foto erkennt man Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in trauriger Eintracht mit ihrer sächsischen Amtsschwester Helma Orosz. Berichtet wird über eine Podiumsdiskussion in Leipzig, zu der freilich PDS-Politiker lediglich in den Zuhörsaal gebeten waren. Dies alles wäre nicht erwähnenswert, läge darin nicht eine tiefe Symbolik. Die Große Sozialraubkoalition von SPD/Grünen und CDU, die bekanntlich auch die „Gesundheitsreform“ gemeinsam auf den Weg brachte, wollte sich auch in Leipzig gegenseitig die Bälle zuwerfen und sich nicht durch kritische Bemerkungen aus dem Konzept bringen lassen. Im Sächsi-



Dietmar Pellmann, MdL, kandidiert für die PDS auch für den neuen Sächsischen Landtag

schen Landtag hatten CDU und SPD die „Gesundheitsreform“ immer wieder gemeinsam verteidigt und PDS-Redner wegen ihrer prinzipiellen Vorbehalte und alternativer Lösungsvorschläge abgekanzelt, selbst wenn Ministerin Orosz am Anfang bestrebt war, Mitverantwortung für Praxisgebühr und Zuzahlungsexplosion zu negieren. Dabei verschwieg sie, dass die sächsische Regierung dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz im Bundesrat zugestimmt und sogar noch zu seiner Verschärfung beigetragen hatte. So wurden auf Druck der CDU die bereits angedachte Positivliste für Medikamente gestrichen, die Praxisgebühr sowie die Privatversicherung für Zahnersatz durchgepeitscht – auch wenn es in letzter Frage jetzt einige Bewegung gibt.

Bürgerversicherung

Drei Wochen vor den Landtagswahlen beschäftigte sich der SPD-Bundesvorstand einen ganzen Klausurtag mit einer Bürgerversicherung. Was bisher an die Öffentlichkeit drang, dürfte kaum zum Rettungsanker werden, denn Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte bereits klar: Bis zur nächsten Bundestagswahl 2006 wird es keinesfalls eine Bürgerversicherung geben. Und ob sie in absehbarer Zeit überhaupt verwirklicht wird, ist äußerst zweifelhaft, denn die CDU bleibt bei ihrem unsolidarischen Modell einer Kopfpauschale. So dürfte die ganze Debatte um eine Bürgerversicherung letztlich viel Lärm um nichts sein. Außerdem sind die Vorstellungen der SPD mehr als verworren. So hofft der Chefberater von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, der Kölner Gesundheitsökonom Karl Lauterbach, auf mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen durch die Bürgerversicherung, indem er auch weiterhin auf die volle Einbeziehung der Privatkassen setzt. Die PDS steht dem Modell einer Bürgerversicherung, für das sie auch im Sächsischen Landtag schon seit Anfang der neunziger Jahre eingetreten ist, wesentlich näher als der Kopfpauschale, die sie prinzipiell ablehnt. Die Unterschiede zur SPD bestehen jedoch darin, dass alle in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen, also Privatkassen nur noch Zusatzleistungen auf freiwilliger Basis versichern dürfen. Aus unserer Sicht sind weder Zahnersatz noch notwendige Sehhilfen solche Sonderleistungen, sondern gehören in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung. Ebenfalls mittelfristig aufzuheben wäre die Beitragsbemessungsgrenze. Damit würde die Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenversicherung erheblich stabilisiert. Obwohl die Einführung einer Bürgerversicherung in keinem direkten Zusammenhang mit der Zahl der gesetzlichen Krankenkassen steht, plädiert die PDS seit langem für eine erhebliche Reduzierung der Kassen und kann sich durchaus eine Einheitskasse vorstellen.

11. September in Deutschland – Tausende protestieren friedlich gegen unsozialen Polit-Terror

Bundesweite Demo gegen beispielhafte Streichung des Blindengeldes in Niedersachsen



Das Maß ist voll! Wie aus einer Kehle erschollen an diesem regnerischen Samstag in Hannover immer wieder Sprechchöre, z. B. „Hände weg vom Blindengeld“ oder „Wer Blinde quält, wird abgewählt“.

Mitten unter den Zehntausend Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet waren auch wir etwa 130 zwei- bzw. vierbeinige Sachsen, einige aus Leipzig. Reisen in ungewohnter Umgebung ist für Sehbehinderte ein Graus. Es musste also schon einen besonderen Grund gegeben haben, sich dieser Strapaze für Mensch und Hund gleich tausendfach zu unterziehen: Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) plant – beispielgebend für alle Bundesländer – die Streichung des Landes-Blindengeldes. Bisher erhält jeder Zivil-Blinde in Niedersachsen unabhängig vom Einkommen einen Nachteilsausgleich von 409 (in Sachsen 333) Euro monatlich, ab dem 1. Januar 2005 sollen nur noch Sozialhilfebedürftige einen Zuschuss bekommen. Das wird für viele der Weg in die Armut, betonte der Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen, Hans-Werner Lange. Vom Blindengeld müssen unter anderem bis zu zehnmal so teure Bücher und Computer mit Blindenschrift, aber auch Begleiter und Taxifahrten zum Einkaufen, für Arzt- oder Behördenbesuche finanziert werden.

Es ging also um persönliche existenzielle Fragen, übrigens nicht nur der Blinden, denn die Sozialminister der Länder wollen auf ihrer Konferenz Ende November sämtliche einkommens- und vermögensunabhängigen Leistungen auf den Prüfstand stellen!

Als wir mit unseren Bussen aus Sachsen ankamen, stand die Stadt schon Kopf. Fein säuberlich gesperrt wie beim Leipziger Olympia-Marathon. Die 130 Busse entluden ihre tatendurstige Last auf dem riesigen Schützenplatz, Petrus spendierte eine kleine Abkühlung, und dann mühte sich die endlose Demo-Raupe unter Trillerpfeifen, Hupen, Sprechchören und Transparenten die etwa zwei Kilometer lange Strecke zur Kundgebung an der Marktkirche. Wer keinen Begleiter hatte, hielt sich am Nebemann fest. Als die Ersten in der City eintrafen, betraten hinten die Letzten gerade die Straße vorm Schützenplatz, so lang war der fahrbahnbreite Zug. Wirkung schlechthin hat die Aktion also bestimmt gehabt, „falls noch nicht genug, kommen wir wieder!“ schworen die Veranstalter.

• REINHARD LIEBICH (TEXT UND FOTO)



Chamäleon CDU-Fraktion?

Vor zwei Wochen äußerte an dieser Stelle PDS-Fraktionsvorsitzender Peter Porsch, Ministerpräsident Milbradt habe sich wegen seiner schwankenden Haltungen zu Hartz IV den Titel „Chamäleon des Jahres“ verdient. Jetzt forderte er die CDU-Fraktion auf, ihren eigenen Vorschlag, Hartz IV zu verschieben, ernst zu nehmen und einer Sondersitzung des Landtages zu diesem Thema zuzustimmen.

Da die PDS schon vordem eine Aussetzung des Gesetzes gefordert hatte, würde der CDU-Antrag, sollte sich die Fraktion nach wie vor dazu bekennen, die nötige Mehrheit finden.

Die Frage ist aber: Macht sich nun die ganze CDU-Fraktion zum Chamäleon? • G. L.

Wer verursacht Antragsstau?

Arbeitslosengeld II – CDU trug mit Schlingerkurs zur Verunsicherung bei

LN. Sozialministerin Orosz verfuhr nach der Devise *Haltet den Dieb*, wenn sie die zögerliche Abgabe der Anträge für Arbeitslosengeld II beklagt, urteilt MdL Dr. Dietmar Pellmann, PDS. Sie verschweige, dass sie selbst und andere Regierungsmitglieder mit einem Schlingerkurs zur Verunsicherung beigetragen haben. Wenn noch vor Wochen gefordert wurde, Hartz IV zu verschieben, weil noch zu

viele Unklarheiten bestehen, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn Betroffene mit der Antragsabgabe zögern. Das werde dadurch bestärkt, dass die Formulare Passagen enthalten, die gegen Datenschutzrechte verstoßen, und bereits eine überarbeitete Auflage angekündigt ist. Pellmann verweist auch darauf, dass noch fünf Durchführungsbestimmungen zu Hartz IV ausstehen, so dass die Mitarbei-

ter der Arbeitsagenturen zu vielen Aspekten noch keine verbindlichen Aussagen treffen können. Für einen eventuellen Antragsstau seien damit die Bundesregierung und die sächsische Regierung verantwortlich. Die PDS bestärke die Betroffenen, sich weiterhin an Protestaktionen zu beteiligen, gebe ihnen Rat und ermuntere sie, die Anträge abzugeben, ohne sich unter Druck setzen zu lassen.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im August

Hoch ohne Ende

Im Arbeitsagenturbereich Leipzig ebenso wie in Sachsen und in ganz Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit im August, wie jedes Jahr, leicht zurückgegangen, während sie im Bundesgebiet West sogar etwas angestiegen ist. Im Leipziger Raum sank die Anzahl der erwerbslos Gemeldeten um rund 1500 auf 72 630 gegenüber dem Vorjahr – trotz Statistik-Korrekturen und trotz des ersten bis dritten Hartz-Gesetzes fast unverändert.

Die Anzahl der beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen ist weiter auf Talfahrt und ging allein im August um 131 auf 1699 zurück, im Vorjahres-August waren es noch 2458. Die Anzahl der ABM-Stellen stieg zwar leicht an, liegt aber mit reichlich 3000 über 20 Prozent unter dem Vorjahresstand.

3256 Jugendliche im Agenturbereich suchten im August noch nach einer Lehrstelle.

In Sachsen insgesamt ist die Situation kaum anders. Mehr als 390 000 Arbeitslose, davon rund 181 000 Langzeitarbeitslose, künden von einer verfehlten Wirtschaftspolitik des Bundes und des Landes. • G. L.



Für sozialverträgliche Kommunalabgaben

Bürgerinitiativen wollen Runden Tisch

LN. Rund 170 Vertreter von Bürgerinitiativen für sozialverträgliche Kommunalabgaben trafen sich auf Einladung der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Die Vertreter aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern erörterten die Situation auf den Gebieten Wasser und Abwasser, Kommunalabgaben, Bürgerbeteiligung und Klagerecht Betroffener.

Ministerpräsident Milbradt, der zum 34. Treffen der Bürgerinitiativen eingeladen war, sagte seine Teilnahme aufgrund des

CDU-Parteitag ab. Dazu erklärte die Moderatorin des Treffens und stellvertretende Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Andrea Roth: Wenn der Ministerpräsident nicht zu den Bürgervertretern komme, gehen sie zu ihm. Die Vertreter der Initiativen beschlossen deshalb, der Staatskanzlei am 14. September einen Besuch abzustatten, um den Ministerpräsidenten aufzufordern, einen Runden Tisch einzurichten, bei dem die Bürgervertreter ihre Vorschläge zum Ausweg aus der Misere gleichberechtigt

einbringen können. Was Milbradts Vorgänger Biedenkopf vor acht Jahren in Glauchau erklärte – die obere Belastungsgrenze für einen Kubikmeter Wasser und Abwasser werde acht Mark nicht überschreiten –, hat sich längst als illusorisch erwiesen. Die Bürger sehen sich mit teils deutlich überhöhten Kommunalabgaben statt sozialverträglicher Abgaben konfrontiert. Sie müssen, so Andrea Roth, „die eklatante Fehlplanung der Staatsregierung mit sträflich überdimensionierten Abwasseranlagen ausbaden“.

LN. Zur fristlosen Entlassung Peter Porsch's erklärten seine Rechtsanwältin Dr. Peter-Michael Diestel und Dr. Sven Krüger:

Die rigide „Beendigung des Dienstverhältnisses“ von Herrn Prof. Dr. Peter Porsch (PDS) mit dem Freistaat Sachsen durch den Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Ing. Matthias Röbber (CDU), entbehrt rechtlicher Grundlagen und scheint uns in hektischer Eile ausgefertigt worden zu sein. Die Entlassungs-Mitteilung wurde sogleich an die Medien gegeben, so dass der PDS-Spitzenkandidat Porsch zuerst über sie von diesem gegen ihn gerichteten Akt

„Eine politische Entscheidung“

Erklärung der Rechtsanwälte Peter Porsch's

erfuhr. Dieses Vorgehen lässt sich wohl nur vor dem Hintergrund des Wahlkampfes in Sachsen erklären. Eine Anhörung des geschassten Professors zu den „zusammengemerkten“ Vorwürfen fand nicht statt. Die „Begründung“ der Willkür atmenden Kündigung zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass sie auf einen seit zwölf Jahren bekannten Erklärungsbogen abhebt und vor allem spaltenlang aus von der Gauck-Birthler-Behörde bereitgestellten bis zu 30 Jahre alten MfS-Akten

abschreibt. Dabei werden die widerrechtlich zusammengetragenen Geheimdienstaufzeichnungen – wie bei solchen Attacken üblich – ohne kritische Würdigung und ohne wissenschaftliche Einordnung in gesellschaftspolitische Zusammenhänge als bare Münze genommen und als „Beweismittel“ angeführt. Die Schlichtheit der „Beweisführung“ erinnert uns fatal an die Rechtsprechung zu Zeiten August des Starken. Weiterhin ignoriert die „Begrün-

dung“ zwei aktuelle Entscheidungen des Hamburger Landgerichtes, mit denen zwei Presseverlagen die Verbreitung jener Vorwürfe verboten wurde, auf die Herr Dr. Röbber die Entlassung stützt. Diese Entscheidungen hatten wir dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung übermittelt. Dessen ungeachtet wird in der „Begründung“ behauptet, Herr Professor Dr. Peter Porsch sei „mit dem IM ‚Christoph‘ identisch“. Erstaunen lässt, dass der Rektor der Universität Leipzig, Herr Professor Dr. jur. Franz Häuser, als namhafter Jurist diese Kündigung trotz ihrer

anzufechtenden Begründung gegenüber einer Tageszeitung akzeptiert hat. Folgen können wir dagegen seinem Hinweis auf Meinungsäußerungen von Leuten: „Das war eine politische Entscheidung“.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass die von der Gauck-Birthler-Behörde an die Öffentlichkeit gegebenen Akten des DDR-Geheimdienstes nahezu ausschließlich zum Eliminieren missliebiger Personen, in Wahlzeiten von politischen Gegnern, dient, der „Fall Porsch“ hätte ihn prototypisch geliefert.

Im Interesse unseres Mandanten beschreiten wir den Rechtsweg.

1. September

Dresden. Eine Statistik des Bundeskriminalamtes weist Görlitz und Leipzig für das Jahr 2003 mit 16 400 bzw. 15 600 Straftaten je 100 000 Einwohner als Spitzenreiter bei der Kriminalitätsbelastung in Sachsen aus. Angestiegen ist in Sachsen besonders die Straßenkriminalität – um sieben Prozent auf 82 000 Fälle, darunter Körperverletzungen, Auto-diebstähle und Sachbeschädigungen.

2. September

Borna. Der Kreistag Leipziger Land lehnt den von Landrätin Köpping eingebrachten Haustarifvertrag für die Kreisverwaltung ab, der zur Konsolidierung der Kreisfinanzen und zur Vermeidung von Kündigungen bis 2006 eine Arbeitszeitsenkung von 40 auf 36 Stunden bei 10-prozentiger Lohnkürzung vorsah.

3. September

Döbeln. Ministerpräsident Milbradt und Landtagspräsident Iltgen eröffnen den 13. Tag der Sachsen. Den Festumzug am Sonntag bestreiten 5600 Teilnehmer aus 240 Vereinen, Verbänden, Schulen und

SACHSEN-CHRONIK

31. August bis 13. September

Gruppen. Nahezu 400 000 Besucher nehmen an den Festtagen teil.

Dresden. Sozialministerin Orosz beklagt die mit 3,6 Prozent sehr geringe Rücklaufquote bei Anträgen für das Arbeitslosengeld II und mahnt zur schnellstmöglichen Einreichung.

6. September

Dresden. Ministerpräsident Milbradt erhält vom Bund für Umwelt und Naturschutz den „Klima-Killer-Oscar“ „für seinen Einsatz zugunsten der klimaschädlichen Braunkohle, für seine Unbarmherzigkeit gegen ein sächsisches Dorf und für seine Unwahrheiten über erneuerbare Energien“.

7. September

Dresden. Peter Porsch, Cornelia Ernst und weitere Mitglieder des Kompetenz-

teams der PDS stellen ein 100-Tage-Programm für Schritte nach der Landtagswahl vor.

Dresden. Der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung spricht sich für ein Ende der Verfolgung von Kontakten zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR aus.

7. September

Riesa. Die Polizei durchsucht im Auftrag der Staatsanwaltschaft den Verlag *Deutsche Stimme*, nachdem die NPD zum „Tag der Sachsen“ eine „Schulhof-CD“ nazistischen Inhalts verteilt hatte, und beschlagnahmt über 700 Exemplare.

8. September

Dresden. Der erste Teil des rekonstruierten Residenzschlosses, der das Museum mit den Schätzen des Grünen Gewölbes

beherbergt, wird eröffnet. Sie waren nach der Zerstörung des Schlosses 1945 Jahrzehnte bis Januar dieses Jahres im Albertinum zu sehen.

Espenhain. Das mit 33 500 Modulen und einer Leistung von 5 Megawatt weltweit größte Solarkraftwerk geht ans Netz.

10. September

Zwickau. Nach zweijährigem Umbau ist das August-Horch-Museum als Deutschlands einziges Automuseum an einem früheren originalen Produktionsstandort wieder geöffnet. Es zeigt 60 Typen der Marken Horch, Audi, Wanderer und DKW sowie Trabant und VW.

Auerbach. Das Finanzamt beantragt ein Insolvenzverfahren gegen die 1847 gegründete Mundharmonika-Fabrik Seydel.

11. September

Leipzig. Bei einer von den Jusos angemeldeten Demonstration gegen Rechts-extremismus sprechen Spitzenpolitiker von CDU, PDS, SPD, Grünen und FDP. Unmittelbarer Anlass sind 7 und mehr Prozent Stimmen für die NPD bei Umfragen zur Landtagswahl.

Unternehmerverbände, Liberale, Unionsparteien, sehr viele Sozialdemokraten, Grüne, Wirtschaftsprofessoren, Journalisten und so einige andere wiederholen es Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat und viele andere plappern es einfach nur nach, zum Beispiel:

1. Die Sozialausgaben seien nicht mehr zu verkraften.
2. Die Unternehmenssteuern seien zu hoch.
3. Eine Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten schaffe Arbeitsplätze.
4. Im Gesundheitswesen seien die Kosten explodiert.
5. Wir könnten uns unser Rentensystem nicht mehr leisten.
6. Die Arbeitslosen sind zu faul und müssen gezwungen werden.

Das stimmt so aber alles nicht!!!

Denn ...

1. Die Sozialausgaben der Bundesrepublik sind seit 1975 (relativ zum Bruttoinlandsprodukt) konstant: Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (also am gesamten von uns erwirtschafteten „Kuchen“) beträgt seit 1975 rund 32 Prozent. Seit 1996 ist die Sozialausgaben-Quote (gemessen am BIP) sogar wieder am Sinken. Im Vergleich der Industriestaaten (OECD) liegt die BRD im Mittelfeld.

2. Die Unternehmenssteuern sinken (relativ zum BIP) schon seit 1980:

Ihr Anteil an den Steuereinnahmen des Staates sinkt schon seit den 80er Jahren ständig. Die Unternehmer stehlen sich immer mehr aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung heraus. Deutschland hat die zweitniedrigste Steuerquote unter den Industriestaaten (OECD).

3. Die Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten vernichtet wahrscheinlich mehr Arbeitsplätze, als sie schafft: Die Reallöhne stagnieren oder sinken schon seit Jahren. Trotzdem (oder gerade deshalb) gibt es immer weniger Arbeitsplätze. Investitionen (neue Arbeitsplätze) lohnen sich für die Unternehmer nur dann, wenn sie die Produkte auch verkaufen können. Das können sie aber nicht, weil die Einkommen der Menschen sinken und sie deshalb weniger kaufen. Den gleichen Effekt hat die so genannte Senkung der Lohnnebenkosten, denn sie führt dazu, dass Arbeiter und Ange-

Alles Lüge!

Aus einem Flugblatt der Leipziger attac-Gruppe

stellte mehr Geld als vorher für Krankenversorgung und Renten beiseite legen müssen. Also haben sie weniger Geld, um Waren zu kaufen. Die Unternehmen werden ihre Waren nicht los, bauen also weitere Arbeitsplätze ab.

4. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sind seit 20 Jahren (relativ zum BIP) konstant:

Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt liegt seit 20 Jahren konstant zwischen 6 und 7 Prozent. Die Krankenkassenbeiträge der Beschäftigten sind nur deshalb gestiegen, weil immer mehr Menschen mit hohen Gehältern, Mieteinnahmen oder Kapitalgewinnen nichts mehr in die Krankenkassen einzahlen und weil immer mehr Menschen arbeitslos sind. Die Finanzierung ruht also auf immer weniger Schultern. Beamte, Selbständige, Freiberufler, Vermieter halten sich bei der Solidargemeinschaft vornehm zurück.

5. Der demografische Wandel ist kein Problem für unser Renten-

system:

1925 kamen auf jeden Rentner 12 Erwerbstätige, heute sind es 4 – trotzdem funktioniert das System noch immer. Das hat zwei Gründe: Die Erwerbstätigen müssen weniger Kinder ernähren als früher (es bleibt also mehr für die Rentner übrig) – und ihre Produktivität steigt, das heißt, sie produzieren von Jahr zu Jahr mehr Waren pro Stunde. Sie produzieren also genug Güter, um alle Menschen damit versorgen zu können. Die Produktivität wird auch in Zukunft weiter ansteigen, es wird genug für die Rentner übrig bleiben. Die Renten bleiben finanzierbar, wenn außer Löhnen auch Beamtengehälter, Miet- und sonstige Einkommen herangezogen werden.

6. Arbeitslose sind nicht faul, sondern chancenlos:

In Ostdeutschland kommt auf 26 Arbeitslose eine offene Stelle; die können noch so fleißig sein, sie bleiben arbeitslos. 50-Jährige sind doppelt so oft arbeitslos wie 25-Jährige – etwa weil 50-Jährige doppelt so faul sind wie 25-Jährige? Bauarbeiter werden im Winter häufig arbeitslos – etwa weil sie im Winter plötzlich faul werden? In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie im Westen – etwa weil Ostdeutsche doppelt so faul sind wie Westdeutsche?



Vier stramme, ach so freundliche Deutsche für die NPD in Sachsens Landtag? Umfragen rechnen ihnen gute Chancen aus!

Sie klauen gewieft, sie brüllen gut,

die Kameraden von der NPD und der DVU, die in Sachsen eine Wahlabsprache getroffen haben. Denn (man traut seinen Augen nicht, doch es steht wirklich in der „Sachsenstimme“, einer massenhaft verteilten Zeitung der NPD zur Landtagswahl am 19. September): „Einigkeit macht stark!“ Doch die Neonazis klauen beinahe beneidenswert hemmungslos nicht nur antifaschistische Losungen, sie klauen hinterlistig ebenso von der PDS – die aber „Rosstäuscher“ sei, weil sie „zu den Verfechtern der Masseneinwanderung und arbeitsplatzvernichtenden Globalisierung“ gehöre. Dummenfang und Gefährlichkeit ein in einem. Und so zieht man im nicht unraffinierten Wechsel von sozialpolitischen Forderungen und rechtsextremistischen Ausfällen allein schon mit den Überschriften und den vielen Ausrufungszeichen vom Leder: „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption – Nicht mit uns!“, „Deutsches Geld für Deutsche Interessen!“, „Grenze dicht für Lohndrücker – EU-Osterweiterungswahn stoppen!“, „Arbeitsplätze für Deutsche“, „Gesundheit für alle!“, „Deutschland den Deutschen!“, „Rot-schwarzer Rentenklau!“ ... Wer das etwas kleiner Gedruckte liest, sollte aufmerksam bleiben. Sprachlich verkürzt, auf einfachste Formeln gebracht, taucht viel Bekanntes und damit um so leichter Vermittelbares aus den Programmen beschimpfter Gegner wieder auf. Sogar Friedensbekundungen gegen NATO und Bundeswehr-Auslandseinsätze haben die Neonazis für sich entdeckt, aber auch die Forderung nach einer Mindestrente für alle, nach der Abschaffung der 350 Krankenkassen zu Gunsten einer einzigen, nach einem monatlichen Kindergeld in Höhe von 500 Euro ... Doch halt, hier spricht die NPD, denn nach dem Gedankenstrich heißt es „aber nur für Deutsche!“ Man ist ist halt sozial – und national. Nationalsozialistisch! Und man schürt zu gern den Volkszorn. Wer dies billigend für ein paar abgeschriebene sozialpolitische Forderungen in Kauf nimmt, der sitzt bereits in der rechtsextremistischen Falle. Solche Rechte aber haben nicht schlechthin eine Meinung. Ihr ganzes Verhalten ist menschenverachtend: Diskriminierung, physischer Terror und Zusammenrottung in entsprechenden politischen Organisationen – gegen Ausländer derzeit. Da ist Rassismus nicht weit – was heißt, Opfer zu „ethnisieren“, um ihre biologischen oder kulturellen Eigenschaften als minderwertig einzustufen. Also faschistische Sündenbockpolitik in nicht ganz neuem Gewand. Wir Deutsche berufen uns so gerne auf unseren Goethe. Aber warnte der nicht auch: „Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter“?

• WART

NPD-Wahlpropaganda:

Völkische Schlagsätze – die Tatsachen sehen anders aus

Wenn die Herrschenden der Bundesrepublik hausgemachte Alltagsprobleme jahrelang vor sich herschoben haben, wenn mit „Reformen“ die Lage der Menschen weiter verschlimmert wird, wenn ebenso jahrelanges Verschweigen, Verdrängen, Verleugnen und sogar Anbiederung an das rechte Weltbild den Ton der Debatte um Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus geprägt haben, sollte man sich nicht wundern, wenn völkisch eingefärbte Lösungsmuster im Land wieder zu greifen beginnen. Seit der Kommunalwahl im Juni haben bereits 44 NPDler Sitz und Stimme in sächsischen Kommunalparlamenten

Hier nun einige Behauptungen aus der NPD-Wahlpropaganda:

Asylbewerber bekommen das Geld nachgeschmissen

Tatsache ist: Gezahlt wird ein Taschengeld von ca. 40 Euro pro Monat für den Haushaltsvorstand und 20 Euro für weitere Familienangehörige. Für Lebensmittel und Kleidung gibt es entwürdigende Essenspakete und Gutscheine; die Sozialhilfe liegt nach mehreren Gesetzesänderungen deutlich unter der, die Deutsche erhalten.

Asylbewerber leben auf unsere Kosten und arbeiten nicht

Tatsache ist: Die rosa-grüne Koalition hat das von der Kohl-Regierung erlassene strikte Arbeitsverbot zwar gelockert. Asylbewerber dürfen nach einem Jahr Aufenthalt in Deutschland arbeiten. Dennoch nehmen sie niemandem einen Arbeitsplatz weg: Sie können nur Arbeitsstellen annehmen bzw. vermittelt bekommen, für die keine Deutschen oder Angehörige der EU zur Verfügung stehen.

Tatsache ist ferner: Erwerbstätige Ausländer erarbeiten ein jährliches Bruttosozialprodukt von rund 128 Milliarden. Ohne Ausländer hätte die Regierung 6 Milliarden Euro weniger zum Ausgeben.

1991 – und an diesen Zahlen wird sich nichts Grundsätzliches geändert haben – zahlten Ausländer z. B. 6,5 Milliarden Euro in die Rentenversicherung ein, erhielten aber nur 1,9 Milliarden an Renten ausgezahlt. Sie entlasten die Rentenkassen damit sogar.

Ausländer nehmen die Arbeitsplätze weg

Tatsache ist: Siehe oben – zudem schaffen sie teilweise selbst Stellen. Türken beispielsweise (mit 2,1 Millionen die größte Gruppe der lediglich 7,4 Millionen Ausländer in Deutschland) sind zunehmend erfolgreiche Unternehmer, die über 160 000 Arbeitnehmer beschäftigen, darunter auch Deutsche; sie erwirtschaften einen – versteuerten! – Jahresumsatz von ca. 18 Milliarden Euro.

Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland

Tatsache ist: 1910 – zu Kaisers Zeiten, als „alles“ besser war – lebten bei einer Gesamtbevölkerung von 65 Millionen 6,5 Millionen Ausländer in Deutschland – ziemlich genau 10 Prozent! Heute leben 7,32 Millionen Migranten in Deutschland, das sind nur 8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Ausländer sind kriminell

Tatsache ist: Dass Ausländer mehr zu Straftaten tendieren als Deutsche, hält keiner Analyse stand – Angaben von 1993 bis 1996:

Gewaltkriminalität: Steigerung bei Ausländern um 1,5%, bei Deutschen um 12,3%

Schwerer Diebstahl: Senkung bei Deutschen 3,6%, bei Ausländern 27,3%

Beim einfachen Diebstahl verzeichnet die Statistik bei Deutschen einen Anstieg von 7,6%, einen Rückgang um 39,8% bei Ausländern.

Im Gesamtbild aller Delikte ergibt sich eine Steigerung von 9,3% bei Straftaten von Deutschen und eine Verringerung von 19,7% bei Straftaten von Ausländern.

Unsere Finanzvorschläge: Sozial mit aller Kraft

„Die Roten fordern immer nur – aber wie sie es bezahlen wollen, wissen sie nicht.“ Doch, wir wissen es! Und wir sagen es! Natürlich ist der Spielraum nicht groß: Rund 90 Prozent des sächsischen Haushalts von 16 Milliarden Euro sind durch Bundesgesetze festgeschrieben. Aber immerhin mit einer Verfügungsmacht über 1,6 Milliarden Euro hat die Landespolitik die Möglichkeit, politische Akzente zu setzen. Für den gegenwärtigen Haushalt 2003/2004 haben wir eine Alternative aufgestellt. Mit dem alternativen Haushalt könnte man einiges bezahlen, und dieser Haushalt kommt dem Land nicht teurer als der, den die CDU aufgestellt hat. Er ist aber eindeutig anders: Er ist sozialer und gerechter. Wir haben ihn in all seinen Positionen als Zahlenwerk ins Internet gestellt (www.haushaltsdebatte.de).

Wir sagen: Eine andere Politik ist möglich. Die Reformpolitik, der sich die sächsische PDS verpflichtet fühlt, ist im Alternativen Landesentwicklungskonzept ALEKSA für den Freistaat Sachsen, das die Landtagsfraktion erarbeitet hat, in die öffentliche Diskussion gebracht. Eine Reformpolitik, die sozial, gerecht und

EIN ANDERES SACHSEN IST MÖGLICH

Aus dem Wahlprogramm
der PDS Sachsen
zu den Landtagswahlen
am 19. September 2004
(V und Schluss)

bürgernah ist. Eine Reformpolitik, die wirtschaftliche Effizienz mit Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit verbindet. Eine Reformpolitik, die Frauen gleichstellt, gleiche Rechte sichert und nicht weiter ins gesellschaftliche Abseits stellt.

Wir sagen aber auch: Ohne eine andere Politik in der Bundesrepublik kann es keinen durchgreifenden politischen Richtungswechsel in Sachsen geben. Die PDS Sachsen fordert deshalb im Bund wie im Land eine grundlegend veränderte Einnahmepolitik der öffentlichen

Hand. Notwendig ist ein völlig anderes Herangehen an eine Steuerreform, das nicht die unteren und mittleren Einkommen stärker belastet und die Reichen schont.

Kernpunkte sind dabei:

- die Wiedererhebung der Vermögenssteuer,
- eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer,
- die Einführung eines progressiven Körperschaftsteuersatzes,
- der Abbau der Steuervergünstigungen für Konzerne, Banken und Versicherungen,
- die Rücknahme der Steuerbefreiung für Veränderungsgewinne von Kapitalgesellschaften,
- eine Umsatzsteuer auf Wertpapierumsätze,
- die Beibehaltung des derzeitigen Spitzensteuersatzes auch nach 2005,
- die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie
- eine verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung. Auch Sachsen und seine Kommunen würden von einer gerechten Steuerpolitik profitieren und neue Handlungsspielräume gewinnen, die besonders im Hinblick auf die absehbaren dramatischen Entwicklungen der kommenden Jahre, mit Bevölkerungsrückgang und Abschmelzen der Solidarpaktzuführungen, dringend erforderlich sind. Deshalb setzt sich die PDS Sachsen für einen Neustart einer Gemeindefinanzreform ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Abwärtsspirale aus politisch verursachten Steuerausfällen, Ausgabekürzungen und Schuldenaufnahmen durchbrochen wird. Wir kämpfen dafür, dass der Bund Länder und Kommunen finanziell so an den Einnahmen des Staates beteiligt, dass sie ihre Aufgaben wieder erfüllen können und dass nicht weiter unter dem Diktat der Finanznot öffentliches Eigentum verschleudert wird. Die Stabilisierung der kommunalen Haushalte insbesondere in den sächsischen Großstädten sowie die Finanzausstattung des Landeswohlfahrtsverbandes haben höchste Priorität. Der Beginn einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform zur Schaffung zukunfts- und lebensfähiger Strukturen in Sachsen ist dabei ein Weg zur Erschließung neuer Finanzspielräume im Landeshaushalt und den kommunalen Haushalten.

Sozial mit aller Kraft – das ist nicht eine Frage des Geldes. Das ist die Frage, in wessen Interesse Politik gemacht wird. Wir wollen es im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung Sachsens tun, nicht im Interesse privilegierter Schichten. Das ist das Geld wert.



Jürgen Kuczynski zum 101.

Vor 100 Jahren, am 17. September 1904, wurde der überaus produktive, parteiliche und streitbare Wirtschaftswissenschaftler, der originelle und vielseitige Publizist Jürgen Kuczynski geboren, nach eigener Darstellung ein „linien-treuer Dissident“. Wir erinnern an ihn mit einigen Miniaturen aus seinem Buch „Zur Philosophie des Huhnes“ (Tribüne Verlag 1990).

In der Tat: Marx-Zitat nicht mehr zeitgemäß

„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das

Hier äußerte er sich auch zur Zählung von Geburtstagen, anknüpfend an ein Erlebnis, das er 1956 hatte, „als unser Präsident Wilhelm Pieck 80 Jahre alt wurde, ich ihm also völlig richtig zum 81. Geburtstag gratulierte, den Brief jedoch per Boten von der Protokollabteilung zurückbekam, mit der Bitte, ihn zu korrigieren. Ich schrieb also einen neuen Brief ‚zur 80. Wiederkehr‘ seines Geburtstages.“ Kuczynski fährt dann unter nachstehender Überschrift fort:

GEBURTSTAGSTATISTIK

Unter den Hunderten von Gratulationen, die ich zu meinem 81. Geburtstag erhielt, war gerade 1 Prozent statistisch richtig, nämlich drei, die feststellten, daß ich 80 Jahre alt wurde, und eine, die mich zum Eintritt in das 9. Lebensjahrzehnt beglückwünschte. Alle anderen galten dem 80. Geburtstag, den ich seit einem Jahr hinter mir hatte.

Sie alle ignorierten, daß ich, als mein Tag der Geburt kam, 0 Jahre alt war, also mit 1 Jahr meinen 2. Geburtstag oder die 1. Wiederkehr meines Geburtstages feierte.

KONKRET

Im November 1931 hatte der Redakteur der „Roten Fahne“ J. K. einen Artikel über die Auswirkung der kapitalisti-

es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Im ersten Band des „Kapitals“ hat Marx hier den englischen Gewerkschaftsfunktionär Joseph Dunning zitiert – im öffentlichen Bewusstsein gilt das weithin als eine Äußerung von Marx selbst –, aber natürlich ist es erst durch ihn bekannt geworden und uns überliefert worden.

Jedenfalls: Die Wahrhaftigkeit dieser Worte ist seitdem oft genug, auch für gegenwärtige Verhältnisse, bekräftigt

worden. Doch bei näherem Hinsehen kann man sie eigentlich nicht mehr in vollem Umfange gelten lassen. Denn was heißt hier „selbst auf die Gefahr des Galgens“? Mal abgesehen von der Abschaffung der Todesstrafe: Wo werden heute verbrecherische Spekulationen mit Millionen und Milliarden, Unterschlagungen und Veruntreuungen, Bestechungen und Vorteilsnahme im Amt, Waffenschieberei und dergleichen überhaupt noch ernsthaft bestraft? In den meisten

schen Krise zu schreiben. Er schickte sein Manuskript wohlgenut dem Genossen Ernst Thälmann zur Durchsicht. Der sandte es mit der lakonischen Bemerkung zurück: „Zuviel zyklische Krise. Zuwenig zerbrochener Klossettdedeckel.“ Sprich: zu wenig Bezug auf konkrete Alltagssorgen der Arbeiter, bis hin zu hygienischen Mißständen in den Betrieben.

J. K. erinnert sich: „Genosse Thälmann hätte natürlich ebensogut schreiben können: zu theoretisch, zuwenig konkret. Aber ich bezweifle sehr, ob ich mir eine so formulierte Kritik für mein ganzes Leben gemerkt hätte.“

SOLIDARITÄT

Telefonische Verbindungen zwischen London und Moskau werden von der Londoner Seite auf französisch hergestellt, und die Londoner Telefonistinnen erhalten für diese speziellen Sprachkenntnisse eine wöchentliche Zulage von 3 1/2 Pfund Sterling.

Als die englische Postverwaltung darum bat, Telefonverbindungen auf englisch herstellen zu können, war man in Moskau höflich genug, der Bitte nachzugeben.

Doch als die Moskauer Telefonistinnen hörten, daß ihre Londoner Kolleginnen

dadurch ihren Zuschlag verlieren würden, verstanden sie plötzlich nur noch französisch.

Der alte Zustand ist jetzt gesichert.

EIN BUCH IST WIE EIN KIND

Bücher in der eigenen Wohnung sind vielfach gleich Kindern. So soll man nicht nur ein Buch besitzen, genau wie es auch nicht gut ist, nur ein Kind zu haben. ...

Genau wie Kinder bedürfen auch Bücher der vollen Bewegungsfreiheit: Sie müssen – außer in Schlafzimmer, Küche und Toilette – überall herumliegen können sie: das heißt Kinder und Bücher. Kann man auch Eselsohren in Bücher machen? Die Antwort ist einfach: Wenn Sie Eselsohren in Ihre Kinder machen, dann auch in Ihre Bücher – sonst bitte nicht!

Kritzeln Sie in Ihre Kinder? Wenn ja, dann dürfen Sie auch in Ihre Bücher kritzeln.

Soll man Bücher verleihen? Warum nicht? Ich erlaube ja auch anderen, meine Kinder auszuleihen (einzuladen). Aber genau wie es mir spätestens am nächsten Tag auffällt, wenn die Kinder nicht zurückgekommen sind, so sollte man auch Bücher nicht länger als 24 Stunden aus dem Hause lassen. ...

Fällen, sofern überhaupt aufgeklärt und zur Anklage gebracht, kommen die Delinquenten – bei Unterstellung höchst ehrenwerter Absichten und die Zahnlosigkeit des Strafrechts gegenüber „Kapital“-Verbrechen nutzend – mit Bewährungsstrafen davon, wenn sie nicht gar freigesprochen werden. Wo ist da für sie eine Gefahr, gemessen am Deal, der ihnen winkt? Fragt da jemand nach Beispielen? Lies die Zeitungen der vergangenen Monate und der nächsten. • G. L.

Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge,
dass das, was mir nicht passt, nicht
länger geschieht.
ULRIKE MEINHOF

Ein „Jein“ war ihre Sache nicht

Am 7. Oktober 2004 wäre Ulrike Meinhof 70 Jahre alt geworden

Viele junge Menschen stellen sich am Anfang des Erwachsenwerdens die Frage, wie man leben soll, und suchen nach Vorbildern, deren Verhalten ihnen für den eigenen Weg beispielhaft erscheint. Ulrike Meinhof hätte ein solches Vorbild werden können. Sie war in den 60er Jahren Chefredakteurin der linken Zeitschrift *konkret* und arbeitete erfolgreich als Journalistin für Funk und Fernsehen. Es war dies die Zeit des verbrecherischen Krieges der USA in Vietnam, der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze in der BRD und die atomare Aufrüstung. Mit der ihr eigenen Konsequenz, einem ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden und ohne Wenn und Aber ergriff sie Partei für den Frieden, gegen die Einschränkung der Demokratie und gegen Aufrüstung. Ulrike Meinhof hatte ein starkes Gewissen und die ausgeprägte Passion, den Schwachen helfen zu wollen, und griff deshalb auch vehement die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an. Gerade das Letztere hat man ihr nie verziehen. Verzweifelt über ihre Ohnmacht, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD ändern zu können (1968 wurden die Notstandsgesetze angenommen und der Vietnamkrieg ging mit unvermittelter Brutalität weiter) schloss sie sich schließlich gewaltbereiten Kräften (Andreas Baader, Gudrun Ensslin) an, ging mit ihnen in den Untergrund und wurde zur Terroristin.

Während sie 1962 noch geschrieben hatte, dass man schießenderweise die Welt nicht verändern kann, sondern zerstört, vertrat sie nun die Ansicht: „Selbstverständlich darf geschossen werden.“



Über Beweggründe, Umstände und begünstigende Faktoren dieser Entscheidung, die noch heute schwer nachzuvollziehen ist, gibt es zahlreiche Analysen und Bücher; hervorzuheben die sehr faire und gründlich recherchierte Biografie von Alois Prinz („Lieber zornig als traurig“). Doch das Bild Ulrike Meinhofs als Persönlichkeit der Zeitgeschichte ist in den vielen Jahren, die seit ihrem Tod vergangen sind, immer mehr verblasst.

In der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde sie erst, als die Fahndung nach der sogenannten Baader-Meinhof-Bande auf Hochtours lief. Mit ihrer Entscheidung für individuellen Terror hat Ulrike Meinhof dem Staat die Handhabe gegeben, das Polizei- und Sicherheitsregime, das sich immer in erster Linie gegen die fortschrittlichen Kräfte richtete, auszubauen und zu

verschärfen. Sie hat der anti-imperialistischen Bewegung geschadet und Leid über Unschuldige gebracht.

Ihr Tod, dessen Umstände nie richtig aufgeklärt wurden, war nicht das Ende des Terrorismus in der BRD. Es hat nach ihr zwei weitere Generationen von Terroristen und damit Sprengstoffanschläge, Entführungen und Morde gegeben. Erst 1998 erklärte die RAF ihre Auflösung. Der individuelle Terrorismus ist als „politische Kampfform“ gescheitert.

Seit dem Anschlag auf das WTC vom September 2002 und der folgenden Entwicklung verbergen sich hinter dem Wort Terrorismus andere Dimensionen. Überall in der Welt, wo Verzweiflung und Ohnmacht über die Verhältnisse herrschen, begegnen wir heute ohnmächtigen und verzweifelten Aktionen. Terrorismus wurde zu einem beherrschenden globalen Feindbild, insbesondere in den USA, deren herrschende Kräfte ihn zur Verwirklichung ihrer Weltmachtpläne in vielfältiger Art nutzen.

Ulrike Meinhof ist ein Stück deutscher Geschichte. Die Hoffnung, die sie anfänglich vielen Menschen bedeutete, wandelte sich in Enttäuschung angesichts ihrer Entwicklung zur Terroristin, deren Konsequenzen gleichzeitig Mahnung sind. Als Linker ist man über ihren Wer-

degang eher traurig als zornig.

• **MANFRED BOLS**

Zeittafel

1934 – am 7. Oktober in Oldenburg geboren, der Vater stirbt 1940, die Mutter 1949. Die Historikerin Renate Riembeck wird ihr Vormund
1955 – Abitur, Beginn des Studiums in Marburg (Psychologie, Pädagogik)
1957 – Studium in Münster, erstes politisches Engagement, Mitglied im Anti-Atom-Ausschuss
1960 – Chefredakteurin der linken Studentenzeitschrift *konkret*
1961 – Heirat des Herausgebers von *konkret*, Klaus Rainer Röhl
1962 – Geburt der Zwillinge Regine und Bettina
1968 – Trennung von Röhl, Umzug mit den Kindern nach Berlin. Unterstützung der studentischen Proteste (APO) durch publizistische Arbeit, Teilnahme an Demonstrationen, Kontakte zu den gewaltbereiten Extremisten Baader, Ensslin und Mahler
1970 – Teilnahme an der gewaltsamen Befreiung des verhafteten Andreas Baader, Abtauchen in den Untergrund, Ausbildung als Stadtguerilla in Jordanien, später drei Banküberfälle in Berlin, Aufbau der „Rote Armee Fraktion“ (RAF)
1971 – Veröffentlichung des Strategiepapiers „Konzept Stadtguerilla“
1972 – Bombenanschläge der RAF in Frankfurt am Main, Augsburg, München, Karlsruhe, Hamburg und Heidelberg;
die Mitglieder der „Baader-Meinhof-Bande“ genannten RAF werden im Zuge einer spektakulären Fahndungsaktion nacheinander verhaftet (Ulrike Meinhof im Juni in Hannover).
1974 – Ende der Einzelhaft in Köln, Verlegung nach Stuttgart-Stammheim
1975 – Prozessbeginn gegen Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe
1976 – am 9. Mai wird Ulrike Meinhof erhängt in ihrer Zelle aufgefunden

Das vorliegende Buch schildert die Geschichte des in der Öffentlichkeit wenig bekannten Łódz-Gettos. Eine von 15 überwiegend Schriftstellern und Journalisten – zuletzt Dr. Oskar Singer, Dr. Oskar Rosenfeld und Dr. Peter Wertheimer – geführte Chronik des Gettos in den letzten Wochen vor seiner Auflösung gibt einen erschütternden, detaillierten

Einblick in das Leben und Sterben von Zehntausenden Menschen, zielgerichtet für den geplanten Tod zusammengedepfercht.

Letzte Tage. Die Łódz-Getto-Chronik. Juni/Juli 1944. Hg. von Sascha Feuchert u. a. Wallstein Verlag, Göttingen 2004. 256 Seiten, 41 Abb., 19,00 Euro

Am 8. September 1939 wurde Łódz von der faschistischen Wehrmacht besetzt. Schon bald wurden weitreichende antijüdische Vorschriften und Gesetze erlassen, die zum Ziele hatten, die Juden aus dem öffentlichen Leben zu entfernen und völlig zu isolieren. Systematische Terrormaßnahmen gegen Juden, an denen nicht wenige Łódz-Deutsche beteiligt waren, bestimmten das Bild der Stadt.

Diese Situation erfuhr eine dramatische Zuspitzung, als die von der Wehrmacht besetzten polnischen Gebiete in zwei Teile getrennt wurden. Während die polnischen Westgebiete und damit auch Łódz am 7. Oktober 1939 „an das Reich angeschlossen“ wurden, wurde der Rest zum „Generalgouvernement“ zusammengefasst. Der in das „Reichsgebiet“ integrierte Teil sollte schnellstens radikal „verdeutsch“ werden. Dazu gehörte, alle Juden aus den „neuen Ostteilen des Reiches“ in das „Generalgouvernement“ zu deportieren. Da jedoch der Generalgouverneur Hans Frank in Restpolen ein ebenso „judenfreies“ Herrschaftsgebiet anstrebte, wurde die begonnene Deportation gestoppt und in Łódz ein zentrales Getto eingerichtet.

Eine entsprechende Verordnung legte fest, dass alle Łódz-Deutsche in das neu gebildete, 4,13 km² große Getto umziehen mussten. In diesem Gebiet gab es rund 2500 Häuser mit insgesamt 31 000 Zimmern. Kaum eines der überwiegend aus Holz erbauten Häuser verfügte über fließendes Wasser oder Kanalisation. Als 1942 das Getto auf 3,82 km² verkleinert wurde, vegetierten dann 42 587 Menschen auf einem Quadratkilometer. Insgesamt mussten fortan über 160 000 Menschen im Getto leben. In Łódz, am 11. April 1940 auf Befehl Hitlers in Litzmannstadt umbenannt, gab es damit das erste von der Außen-

welt völlig abgeriegelte Getto im besetzten Polen. Die Leitung der deutschen Getto-Verwaltung hatte ab dem 5. Mai 1940 der Bremer Kaffee- und Getreidehändler Hans Biebow übernommen. Verantwortlich für die Kontakte mit den deutschen Behörden und die Umsetzung ihrer Befehle war der so genannte Judenrat persönlich.

Łódz vor 65 Jahren

Faschistisch besetzt

Erstes von der Außenwelt abgeriegeltes Getto

Im Oktober/November 1941 werden 20 000 sogenannte Westjuden ins Getto deportiert und etwa 5000 Sinti und Roma in ein separates „Zigeunerlager“ am Rande des Gettos gepfercht. Noch im Juli 1941 schreibt der SS-Obersturmbannführer R.-H. Höppner, Gauamtsleiter für Volksstumsfragen in Posen, an den „lieben Kameraden Adolf Eichmann“: „Es besteht in diesem Winter die Gefahr, dass die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen.“ Entsprechend dieser mörderischen Absicht nahm am 6. Dezember 1941 das 55 km von Łódz fieberhaft errichtete Vernichtungslager Chelmno (Kulmhof) seine Arbeit

auf. Zunächst werden dort bis Mitte Januar 1942 die letzten überlebenden Sinti und Roma getötet. Am 16. Januar beginnt die nunmehr planmäßige Deportation von Juden aus dem Getto Łódz nach Chelmno, der allein bis Mai 55 000 Menschen zum Opfer fallen. Insgesamt werden im Verlaufe des Jahres 1942 rund 150 000 jüdische Menschen hier getötet. Zugleich kommen ständig neue Einlieferungen aus verschiedenen Gemeinden und Provinzgettos des Warthegaus, so allein von Mai bis August 1942 weitere 17 826 Juden.

Im Mai 1944 ordnet der Reichsführer der SS die Liquidation des Łódz-Gettos und die anschließende Zerstörung des Vernichtungslagers Chelmno an, um der immer näher kommenden Roten Armee keine Beweise für diesen Massenmord zu hinterlassen. Am 29. August 1944 verläßt der letzte Deportationszug Łódz, dessen Getto im Juli 1944 noch weit über 70 000 Insassen zählte. Wer nicht mehr in Chelmno getötet werden konnte, wurde nach Auschwitz-Birkenau gebracht. Nur ein Aufräumungskommando von 600 Juden blieb zurück. Weiteren 270 war es gelungen, sich vor der Deportation zu verstecken. Sie alle sollten noch von der Gestapo erschossen werden, konnten sich aber bis zum Eintreffen der Roten Armee auf dem ehemaligen Getto-Gelände verbergen. Ein Monument und auf dem Friedhof bereits ausgehobene Gräber erinnern an das unwahrscheinliche Überleben dieser letzten Getto-Insassen.

Der von Sascha Feuchert als Einleitung verfassten Geschichte des Łódz-Gettos folgt die Tageschronik der letzten zwei Monate vor seiner Liquidierung (1. Juni bis 29. Juli 1944), versehen mit wissenschaftlichen Anmerkungen. Eine Chronik zur Geschichte des Gettos, eine Liste der Straßennamen im Getto und 41 Abbildungen schließen den Band ab, der vom Leser mit tiefer Betroffenheit aufgenommen wird.

Man muss einfach allen, die zu diesem Buch-Dokument beigetragen haben und hier nicht genannt werden konnten, dankbar sein. Es ist der Auftakt zur vollständigen Edition der Łódz-Getto-Chronik, die 2006 erscheinen soll.

• **KURT SCHNEIDER**

Nikolai Ostrowskis Vermächtnis

Gedanken an seinem 100. Geburtstag

Mit Büchern hatte ich von Anfang an großes Glück.

Allerdings gab es 1945, da war ich neun, kaum ein Buch zu kaufen. Doch die wenigen, die ich geschenkt bekam, wogen manches auf, waren Weltliteratur: Robinson Crusoe, Onkels Toms Hütte ... Dann erhielt ich 1950 als Auszeichnung beim Grundschulabschluss neben Howard Fast's *Straße zur Freiheit* Nikolai Ostrowskis *Wie der Stahl gehärtet wurde* (aus der 5. Auflage 1948 des Verlags Neues Leben). Ein Bekannter meines Vaters fragte damals missstrauisch: *Etwas Technisches oder etwas Politisches?*

Große Teile meiner Generation sind damals mit Pawel Kortschagin ins politische Leben eingetreten, haben über Nikolai Ostrowskis Buch Fühlung zur russischen Revolution aufgenommen, die damalige Atmosphäre wahrgenommen. Zusammen mit Schriften von Fedin, Ehrenburg, Fadejew, Scholochow und manchem anderen beeindruckte die tief spürbare Wahrhaftigkeit des Romans mit seinen autobiografischen Wurzeln. Es war für mich wie sicherlich für viele andere nicht nur eine lebendige Anschauung der besten, treibenden Kräfte der Geschichte und eine tiefgehende Erziehung der Gefühle, sondern auch eine Herausforderung zum eigenen Engagement. Bei allem, was wir später erfahren und begreifen lernten über diese Zeit, bei allem, was wir hören mussten über Fehlurteile, Unterlassungen, Einseitigkeiten und auch Menschenunwürdiges in dieser Zeit des Umbruchs, bewahrt uns nicht zuletzt Ostrowskis Buch vor einseitiger, auf die Erkenntnisse des ganzen 20. Jahrhunderts gegründeter und teils klugscheißerischer Sicht auf diese Zeit, auf diese Wende.

Das Buch macht uns glaubhaft: Heroismus, auch Massenheroismus, ist kein leerer Wahn, sondern lebendige geschichtliche Wirklichkeit. Wenngleich er auf Dauer allein keine Revolution bis zum erfolgreichen Ende bringen kann, so kann sie doch ohne persönliches Heldentum ebenso wenig gelingen.

Ostrowski-Kortschagins Credo lautete: *„Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und er muss es so nutzen, dass er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten auf der Welt – dem Kampf für die Befreiung der Menschheit – geweiht.“* – Noch ist nicht die Zeit, dass das unaktuell wäre.

• GÜNTER LIPPOLD

Sie sind von einer unglaublichen Arroganz. Für sie zählt nicht, dass sie den Krieg verloren haben, für sie zählt ihr Elitebewusstsein, und im Nachhinein fühlen sie sich insgeheim sowieso als die Sieger. Sie beziehen Täterrenten. Sie wüteten bis 1945 in Finnland, Jugoslawien, Albanien, Griechenland, Italien, Frankreich und der Sowjetunion. Mordeten Zehntausende Zivilisten, brannten Dörfer nieder, plünderten und brandschatzten. Ein Unrechtsbewusstsein hat sie zu keiner Zeit beschwert, Mitgefühl für ihre Opfer ist ihnen fremd. Sie sind im „Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V.“, einem Zusammenschluss von Gebirgsjägern der deutschen Wehrmacht, vereint. Der Verband, mittlerweile ergänzt um ehemalige und aktive Gebirgsjäger aus der Bundeswehr, hat heute noch etwa 6400 Mitglieder, darunter circa 40 Prozent ehemalige Wehrmachtangehörige. Seit 1952 versammeln sie sich regelmäßig zu Pfingsten zum größten deutschen Veteranentreffen.

Noch im Jahre 2001 bescheinigte der derzeitige bayerische Ministerpräsident, Mitglied des Kameradenkreises, den Gebirgsjägern „eine unangreifbare Traditionspflege, die in der aufgrund unserer Geschichte insgesamt traditionsarmen Bundeswehr ihresgleichen“ suche.

Seit 2002 erstmals ein mutiges

Häuflein von etwa 60 Antifaschisten am öffentlich in Mittenwald abgehaltenen Kameradschaftsabend teilnahm und eine Schweigeminute zum Gedenken an die von Gebirgsjägern im Zweiten Weltkrieg Ermordeten verlangte – vergeblich –, verstärkt sich der Protest gegen diese Art „unangreifbare“ Traditionspflege. In der vorliegenden Publikation werden die Redebeiträge eines Hearings zu Pfingsten 2003 in Mittenwald – vor nun schon 400 Protestlern – wiedergegeben und wird über die Tätigkeit des Veranstalters, des Arbeitskreises „Angreifbare Traditionspflege“, einer temporären Assoziation geschichtspolitischer AktivistInnen und HistorikerInnen, informiert. Was da aus Heeresberichten, die über Jahrzehnte in Archiven geschlummert haben, an Fakten zutage gefördert wird, ist von erund bedrückender Beweislast. Historiker von Berufswegen und aus Berufung haben in jüngster Zeit eine Fülle von Material aufbereitet (z. B. Hermann Frank Meyer über Kommeno und Kalavryta, Christoph Schmick-Gustavus über Kephallonia) und kündigen weitere Untersuchun-

gen an. Eigentlich ist nun schon längst die Jurisprudenz am Zug; wer weiß, ob sie sich jemals aus ihrem Dauerkoma aufraffen wird. Immerhin konnte auf diesem Hearing Ludwig Baumann, Vorsitzender und Mitbegründer der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.“ konstatieren: „Es war ein Durchbruch, als am 15. Mai 1997 im Bundestag eine Entschließung verabschiedet wurde, die lautete: ‚Der zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.‘“ Alle Konsequenzen aus dieser Entschließung des Bundestages sind bei weitem noch nicht gezogen. Ausstehende Wiedergutmachungen sind dabei eher ein Nebenaspekt. Argyvris Sfountouris, Überlebender des Massakers von Distomo, hat in seinem Redebeitrag allein das „Nie wieder“ im Sinn und regt eine Charta des Friedens an, die helfen soll vorzubeugen, dass jemals wieder eine solche Verrohung um sich greift, wie er sie am 10. Juni 1944 zu spüren bekommen hat. Hauptmann a. D. Amos Pampaloni, Überlebender

des Massakers auf Kephallonia, tritt für eine Friedenskultur ein, für eine andere Organisation der Vereinten Nationen, die das unkontrollierte Produzieren von Waffen und den unkontrollierten Waffenhandel in der ganzen Welt unterbindet. Insofern leistet diese nüchterne und zugleich aufrührende Dokumentation nicht nur einen Beitrag gegen das Vergessen und Verdrängen, sondern versteht sich als Appell zum bitter nötigen Eingreifen.

Natürlich waren es mal wieder die Preußen, die dafür gesorgt haben, dass am Hohen Brendten die Uhren allmählich in einen normalen Takt kommen wie anderswo auch. Dass nach bayerischem Verständnis die Sachsen auch zu den Preußen hinzugezählt werden, damit lässt sich schon fast unbeschwert leben.

• HORST MÖLLER

Ralph Klein, Regina Mentner, Stephan Stracke (Hg.): *Mörder unterm Edelweiß. Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger der Deutschen Wehrmacht. Papy-Rossa Verlag, Köln 2004. 152 S., 12,90 Euro*

ausgegraben

aus Frankfurter Zeitung, 19. September 1928, Seite 2

Runderlaß des preußischen Staatsministeriums vom 5. September 1928 an sämtliche Staatsbehörden:

Nach Art. 109 der Reichsverfassung gelten Adelsbezeichnungen nur als Teil des Namens. Es ist daher unzulässig, den Vornamen zwischen die bisherige Adelsbezeichnung und dem übrigen Teil des Familiennamens einzuschleiben. Also richtig: „Wilhelm Prinz von Preußen“; nicht aber „Prinz Wilhelm von Preußen“. Auch ist es selbstverständlich unzulässig, von „dem Herzog“, „dem Grafen“ und dergleichen zu sprechen und den Namensbestandteil „von“ in der früher vielfach üblichen Schriftform „v.“ abzukürzen.

Journalisten hinter den Spiegel gesteckt

1918 wurden die bis dahin noch bestehenden Vorrechte des Adelsstandes abgeschafft und die Neuverleihung des Adels verboten. Die Weimarer Verfassung beließ namensrechtlich die Beibehaltung des Adels-titels. In Österreich wurden 1919 der Adel, seine äußeren Ehrenvorzüge sowie bloß zur Auszeichnung verliehene Titel und Würden aufgehoben. Die Führung von Adelsprädikaten, Titeln und Würden wurde bei Strafandrohung untersagt.

Aus: Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Mannheim 1992

Es geht nur noch ums Wie, nicht mehr ums Was

Für nicht wenige Journalisten, die im Sommer von einem Musikfest zum andern touren, ist es zu einem Ritual geworden, die Bayreuther Festspiele und speziell ihren Leiter Wolfgang Wagner aufs Korn zu nehmen. Am liebsten hätten sie den am 30. August nun 85 Jahre alt gewordenen Wagner-Enkel aus dem Amt getrieben, weil die Festspiele „erstarrt“, zum „Zirkus“ geworden seien.

Doch an Wolfgang Wagners Standhaftigkeit und Konsequenz scheiterte selbst der bayrische Kulturminister mit seinen Rücktrittsforderungen. Denn die seit

1951 von Wolfgang, zunächst gemeinsam mit seinem 1966 gestorbenen Bruder Wieland Wagner, geleiteten Festspiele besitzen höchstes musikalisches Niveau, sind in aller Welt gefragt und können auf Kartenbestellungen für zehn Jahre verweisen.

Wer sich einigermaßen auskennt, bemerkt schnell: Der Zirkus findet nicht in Bayreuth, sondern in manchen, auch überregionalen Zeitungen statt. Da soll für übersättigte oder versnobte Leute möglichst jede Oper (nicht nur von Wagner) bei jeder Neueinstudierung an je-

dem Theater in neuer „Lesart“ und „Sichtweise“ geboten werden.

Kaum hatte Wolfgang Wagner voriges Jahr den Filmemacher und Schauspielregisseur Christoph Schlingensiefel als Opernneuling verpflichtet, startete eine große überregionale Zeitung Umfragen, was davon zu halten sei und erwartet würde. In Interviews und Gesprächen äußerte sich Schlingensiefel wortreich über seine filmische Herangehensweise. Die mit Kulissen und filmischen Projektionen überfrachtete Bühne bietet eine Fülle von Symbolen. Die gehen

weit über das schon von Wagner symbolträchtig gestaltete Werk hinaus und lenken von der für das Verstehen grundlegenden Musik ab, ja degradieren sie streckenweise zur Filmmusik.

Die Rezensenten haben viel für und wider die Inszenierung zu schreiben. Nur die Aussage, der Gehalt des Werkes spielt kaum eine Rolle. Dass Wagner mit diesem Parsifal, der durch Mitleid wissend wird, Impulse für die Schaffung einer neuen gerechten menschlichen Ordnung geben wollte, steht nicht zur Debatte.

• WERNER WOLF

Das Hannah-Arendt-Institut und ein Wissenschaft tötender politischer Auftrag

Horst Schneider: Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen. Spotless-Verlag, Berlin 2004. 88 Seiten, br., 5,10 Euro

Der Autor will mit dieser Schrift den „Streit über die Funktion der Totalitarismus-Doktrin und um den politischen Standort ihrer Verfechter fördern“.

Anschaulich belegt er, dass das Hannah-Arendt-Institut (HAI) nicht dem wissenschaftlichen Drang nach Erkenntnissen, sondern einem politischen Auftrag seine Existenz verdankt. Als formaler Grund muss die Verfassung des Freistaates Sachsen herhalten, die in der Präambel die Gleichsetzung von faschistischer Diktatur und DDR postuliert.

Doch Hannah Arendt hat sich „nicht konkret mit der DDR befasst. Ihre Arbeit war mehr theoretischer Natur. Auch war die von ihr vertretene Totalitarismustheorie nicht auf das System der DDR bezogen“ (S. 9 f.). Trotzdem tritt das HAI mit dem Anspruch auf, in ihrem Geiste zu wirken.

Horst Schneider charakterisiert die politische Funktion der vom HAI gehandhabten Totalitarismus-Doktrin als Instrument zur Delegitimierung der DDR. Dabei spart er nicht deren innenpolitische Instrumentalisierung als „staatlich verordnetes Unterrichtsprinzip“ an den Schulen

der Alt-BRD aus. Diese wenig bekannte Tatsache belegt, dass „eine staatlich verordnete Ideologie“ (S. 18 f.) keineswegs nur das Merkmal einer totalitären Diktatur, sondern auch einer rechtsstaatlichen Demokratie sein kann.

Der Autor bekennt sich ausdrücklich zur Notwendigkeit und Nützlichkeit des Systemvergleichs und sieht dafür die Totalitarismustheorie als ein mögliches Instrumentarium. Allerdings unterscheidet er dabei sehr fein zwischen *Totalitarismus-Doktrin* (Doktrin als politischer Grundsatz, starre Lehrmeinung, wirklichkeitsfremder Standpunkt) und *Totalitarismustheorie* (Theorie als wissenschaftliche Erkenntnis, als systematischer gedanklicher Aufbau einer Wissenschaft – S. 9). Hier liegt auch der große Unterschied zwischen den politisch motivierten „wissenschaftlichen Leistungen“ des HAI und den wissenschaftlichen Erkenntnissen einer Hannah Arendt.

Ausführlich belegt wird die prononcierte Rolle der Zusammenarbeit des HAI mit der Gauck-Behörde und der Eppelmann-Kommission während der 12. und 13. Wahlperiode des Bundestages. Die beiden Pfarrer sollten „die Abrechnung mit dem ‚SED-Regime‘ als Angelegenheit der Ostdeutschen erscheinen“ lassen, hinter deren „Nebelwand“ die Enteignung und Rekapitalisierung sich „un-

ter der Leitung Birgit Breuels“ vollzog (S. 27).

Dabei verweist Horst Schneider darauf, „dass hinter der ‚Aufarbeitung‘ des Berges von Stasi-Akten die Berge von Leichen der Nazizeit ... nahezu verschwinden“ (S. 29).

Der geschasste Direktor des HAI, Prof Dr. Henke, ist heute der Auffassung, dass bei „... kanonischer Auslegung der Totalitarismus-Vorstellung von Hannah Arendt ... ein Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung von der Erforschung des Honecker-Mielke-Sozialismus gänzlich Abstand nehmen“ müsste. Und er folgert, dass der Vergleich Hitlerdeutschland-DDR „in erster Linie Ressourcenvergeudung“ ist, denn niemand sei bisher „in der Lage, darzulegen, welche Erkenntnisse uns über die NS-Zeit bzw. die DDR ohne deren Vergleich denn bislang verschlossen geblieben sind“ (S. 65). Doch um diesen Vergleich geht es letztendlich gar nicht, sondern um deren Gleichsetzung (siehe sächsische Verfassung) und um einen Wissenschaft tötenden politischen Auftrag. Aufschlussreich, mahnend und sogleich demaskierend ist die Feststellung eines HAI-Mitarbeiters, „dass die ‚Totalkritik‘ an der DDR ‚unfähig zur Selbstkritik‘ und blind für die Reformbedürftigkeit der eigenen Gesellschaft“ macht“ (S. 57). – Wie wahr.

• HARRY PURSCHE

Lucie Kurlbaum-Beyer: „Krieg tötet Zukunft“. J.H.W. Dietz Nachf., 224 S., br., 12,80 Euro

Karsten Knolle: „Ein deutsch-deutsches enfant terrible?“. Anderbeck Verlag, 181, S., br., 14,90 Euro

Wenn Parlamentarier Biografien schreiben, könnte das gewiss enthüllend sein. Auf die beiden vorliegenden Bücher trifft das nur bedingt zu. Der Lesereiz hält sich in Grenzen. Aber Bücherschreiben ist eben „in“.

Auch Lucie Kurlbaum-Beyer zur unüberschaubaren Bücherflut beigetragen und aufgeschrieben, was sie als Sozialdemokratin, als Bundestagsabgeordnete als und Gewerkschafterin in der Bundesrepublik seit deren Gründung erlebte. Den Anstoß gab eine Freundin, die ihr zum 87. Geburtstag das Buch von Sebastian Haffner „Geschichte eines Deutschen“ schenkte. Seinen kritischen Bemerkungen zur Zeit kann sie, die weder aufs Gymnasium noch zur Universität konnte, dafür Armut und Erwerbslosigkeit zur Genüge erleben, nicht uneingeschränkt folgen, weil „es ein solches Kollektivsubjekt zu keiner Zeit und nirgends auf der Welt gegeben hat“.

So neu ist ihre individuelle Sicht allerdings auch nicht. Eines jedoch macht die hochbetagte Dame sympathisch: ihr absoluter Friedenswille. So denkt sie auch gar nicht daran, uneingeschränkte Solidarität mit den USA zu üben. Den Angriff auf Irak vergleicht sie mit den auf das wehrlose

Hiroshima. Ihr Herz fühlt mit den Opfern, mit denen des 11. September wie mit den unschuldigen Menschen im Irak.

Anheimelnd auch solche kleinen Episoden wie die, als Loki Schmidt während eines Besuchs plötzlich ein ihr aus Demonstrationen mit den Eltern vertrautes Lied sang und sie einstimmte: *Nie wieder wollen wir Waffen tragen./Nie wollen wir in den Krieg./Lasst die hohen Herrn sich selber schlagen./Wir machen einfach nicht mehr mit.*

Helmut Schmidt habe beide ganz erstaunt angesehen. – Lucie Beyer hatte eben eine gute Kinderstube. Ja – und das andere Buch? Verfasst hat es der in der DDR geborene Pfarrersohn Karsten Knolle, der seinem Land als

Halbwüchsiger entflohen und nach der Wende ein besonders aufopferungsvoller CDU-Landtagsabgeordneter von Sachsen-Anhalt wurde.

Knolle, das ist der Mann, der Roland Claus im Parlament einen „rotlackierten Faschisten“ nannte, sich als „Stasi-Jäger“ wichtig machte und in einer kriminell-gefährlichen Aktion 42 Kleinstkinder aus Sarajewo herausholte. „Ein deutsch-deutsches enfant terrible?“, so nennt er seine „ungewöhnliche“ Biografie. Ungewöhnlich ist allerdings, dass sogar sein Vorwortschreiber einräumt, Knolles Beweggründe seien nicht immer auf den ersten Blick in Gänze erkennbar, weil „er es fast nie versäumt hat, die Öffentlichkeit an seinem Tun teilhaben zu lassen. Vielleicht wäre weniger manchmal mehr gewesen?“ O ja!

• WART

Barbara Brüning: Kleines Lexikon großer Philosophinnen und Philosophen. Von der Antike bis zur Gegenwart. Militzke Verlag, Leipzig 2004. 260 Seiten, 12,90 Euro

Das vorliegende Lexikon, leicht verständlich abgefasst, ist für einen breiten Leserkreis geeignet, besonders für Jugendliche, zumal auch jene

Ein Philosophen-Lexikon besonders für junge Leute

Denkerinnen und Denker ausgewählt wurden, die im Philosophie- und Ethikunterricht behandelt werden.

Zu jeder porträtierten Person wird zunächst ein kurzer Überblick über ihr Leben gegeben,

dem sich eine knappe Abhandlung ihrer wichtigsten Gedanken und eine Aufzählung ihrer bedeutendsten Schriften anschließt. Zum Schluß erfolgen Hinweise auf Bücher zum Weiterlesen. Besonders wichtig war

es der Hamburger Autorin, auch Philosophinnen zu berücksichtigen, die bisher in traditionellen Lexika überhaupt nicht oder nur sehr selten zu finden sind. Die wohl wichtigste Ursache dafür ist, dass Frauen bis zum 19. Jahrhundert nicht auf Lehrstühle für Philosophie an den Universitäten berufen werden durften und deshalb auch nicht so bekannt wie ihre männlichen Kollegen werden konnten.

Insgesamt ist das Lexikon von nutzbringendem Gewinn für alle, die sich philosophiehistorisch schnell und praktikabel informieren wollen.

Kritisch ist anzumerken, dass sich unter den Hunderten Hinweisen auf weiterführende Literatur lediglich 10 aus ostdeutschen Verlagen befinden, darunter 2 aus der DDR.

• KURT SCHNEIDER

Karl Heinz Jahnke: „Wach auf!“ 1904 – Gründung der ersten Arbeiterjugendvereine in Deutschland. Ingo Koch Verlag, Rostock 2004, 128 S., 9,80 Euro

Es ist höchst erfreulich, dass die Gründung der ersten Arbeiterjugendvereine in Deutschland und damit der Beginn der Geschichte der organisierten deutschen Arbeiterjugendbewegung wenigstens in Form eines kleinen Büchleins gewürdigt und vor dem Vergessen bewahrt wird. Zumal das Jubiläum, das

nicht zuletzt in die Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzuordnen ist, eine größere Beachtung und Würdigung verdient hätte.

Karl Heinz Jahnke, neben seinen Forschungsergebnissen zum antifaschistischen Widerstand und zur Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns seit Jahr-

zehnten auf dem Gebiet der Geschichte der Jugendbewegung tätig, ist deshalb für die vorliegende Publikation besonders zu danken. Ausgangspunkt ist der Tod des Berliner Schlosserlehrlings Paul Nähring, der sich infolge der Misshandlungen durch seinen Lehrmeister am 3. Juni 1904 das Leben nahm. Das

führte zur Gründung des ersten Lehrlingsvereins in Deutschland, um solcher Willkür gemeinsam entgegentreten zu können, zur Bildung des Verbandes junger Arbeiter Mannheims und zur Gründung des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins im Jahre 1904. Wenngleich anders gelagert als in der Gegenwart, werden dabei auch heutige Probleme der Lehrausbildung bewusst.

Die kurz gefasste Darstellung reicht über die folgenden Gründungen von deutschen Arbeiterjugendverbänden, das Entge-

genwirken der Reaktion und die Verdienste Ludwig Franks und besonders Karl Liebknechts bis zum Reichvereinsgesetz von 1908, mit dem die selbständige sozialistische Arbeiterjugendbewegung in Deutschland zerstört wurde. Dem schließt sich die Wiedergabe von zwölf Dokumenten an, die eine sachliche und ideologiefreie Bewertung des Dargelegten unterstützen. Eine Literaturliste regt zur weiteren Beschäftigung mit der behandelten Problematik an.

• SIEGFRIED SCHOLZE

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet Anton Saefkow und Genossen

Am 18. September 1944 wurden in Brandenburg-Görden die Antifaschisten Anton Saefkow, Bernhard Bästlein und Franz Jacob hingerichtet. In der Urteilsbegründung des faschistischen „Volksgerichtshofes“ hieß es: „Saefkow, Jacob und Bästlein sind alte kommunistische Funktionäre, die von einem abgründigen Haß gegen unseren Führer und den Staat erfüllt sind und daraus selbst in der Hauptverhandlung kein Hehl gemacht haben ... Sie haben vornehmlich im fünften Kriegsjahr die KPD in einem derartigen Umfang wieder aufgezo-gen und die Wehrmacht zu zersetzen versucht, dass hier für das Reich die aller-schwersten Gefahren heraufbeschworen wurden.“

Sie alle hatten bereits nach geleistetem Widerstand Zuchthäuser und Konzentrationslager durchlitten, bevor sie sich in Berlin zusammenfanden und die Gruppen sammelten, die nach der Zerschlagung der Widerstandsorganisationen der Genossen Uhrig, Budeus, Römer u. a. bestehen geblieben waren. So hatte ihre Organisation in Berlin in über 30 kriegswichtigen Großbetrieben Widerstandsgruppen oder Verbindungsleute. Außerdem bestanden Verbindungen zu Kontaktpersonen im Reichsministerium für Rüstungs- und Kriegsproduktion, im Polizeiapparat, im Oberkommando der Wehrmacht sowie im KZ Sachsenhausen.

Der Wirkungsbereich der von Saefkow, Jacob und Bästlein geleiteten Organisation beschränkte sich nicht auf Berlin und seine Umgebung. Sie unterhielt Verbindungen zu Gruppen in Leipzig, Magdeburg, Dresden, Bautzen, Erfurt, Weimar, Jena, Gotha, Hannover, Hamburg, Düsseldorf und selbst bis nach Tirol. Sie wirkte innerhalb der Wehrmacht, in der sie unter anderem für den Übertritt geschlossener Formationen zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ tätig war. Zugleich unterhielt sie Beziehungen zu sozialdemokratischen, bürgerlichen, künstlerischen und anderen antifaschistisch eingestellten Personen, was die Anklageschrift betonte.

Am 30. Mai 1944 wurde Bernhard Bästlein verhaftet, der trotz schwerster Folterungen seine Genossen nicht verriet. Anton Saefkow und Franz Jacob fielen Anfang Juli 1944 mit Hilfe von Spitzeln in die Hände der Gestapo. Zugleich gelang es den faschistischen Schergen, große Teile der Organisation auszuheben. Nur wenige überlebten das Ende des faschistischen Terror-systems.

Nach der „Wende“ sorgten in Dresden „Demokraten“ dafür, dass die Anton-Saefkow-Straße und die Bästleinstraße umbenannt wurden. • **KURT SCHNEIDER**

Heute wissen wir zwar, welche russischen Truppen und Stäbe 1991/92 unsere Stadt verlassen haben, es war bisher jedoch nicht zu ermitteln, seit wann diese in Leipzig lagen und welche Truppenteile 1945/46 die Kasernen bezogen haben.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in Leipzig das Standortlazarett, das Reservelazarett IV im Klinikum St. Georg und weitere sechs Reservelazarette, die mit verwundeten deutschen Soldaten belegt waren. Der Zeitpunkt der Räumung und der Verbleib der Langzeitverwundeten ist noch unbekannt.

Bereits am 10. August 1945 wies General Trufanow, der Stadtkommandant von Leipzig, an, dass zur Bewachung öffentlicher Gebäude, kommunaler Unternehmen, industrieller und Handelsunternehmen, die keine militärische Bedeutung haben, ein Bewachungskommando unter der Bezeichnung „Städtische Sicherheitswacht“ zu bilden sei. In einigen Dokumenten wird auch von einer „Kasernierten Polizeireserve“ geschrieben. Trufanow schlug auch sofort eine Reihe von Personen vor, die in diese aufgenommen werden sollten. Untergebracht wurde diese Truppe in der Gendarmiekaserne Wiederitzsch (heute Bundeswehrkrankenhaus). Sie bestand am 30. Dezember 1945 aus 94 Mann und bewachte 12 Objekte. Über die Notwendigkeit dieser Maßnahme gab es wohl keinen Disput, wohl aber über die Zulässigkeit entsprechend der Vereinbarungen der Alliierten. Diese Wachtruppe scheint sich tatsächlich zu einer kasernierten Polizei entwickelt zu haben, denn als im Juni 1946 wohl auf Druck der vorgesetzten Stäbe die Sicherheitswacht aufgelöst wurde, verblieb in der Wiederitzscher Kaserne eine Hundestaffel und ein motorisiertes Sonderkommando. Interessant ist die Belegung der Kaserne Paunsdorf. Hier hatte sich u. a. ein Wehrmacht-lazarett befunden. Dieses wurde mit

Leipzigs Kasernen nach Kriegsende (II)

dem Personal durch das Schweizer Rote Kreuz übernommen und mit kranken und verwundenen Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen belegt, darunter auch viele Kinder. Nach und nach wurden die deutschen Ärzte und Pfleger aus dem Krankenhaus entlassen, und es wurde zu einem sowjetischen Hospital.

1946 befahl der sowjetische Stadtkommandant, die Kasernen zu „entmilitarisieren“. Keiner war sich im klaren, wie das

finden.

Gezielt wurde mit der Planung für den sinnvollen Umbau der Kasernen nach ihrer Freigabe durch die Besatzungsmacht am 14. Juli 1947 begonnen. Und nun machte auch die Kommandantur Druck. Da bereits im April in der Stadtverwaltung über die Kasernennutzung beraten worden war, lagen die verschiedensten Umbauvarianten vor, die sich jedoch fast immer auf die Gewinnung von Wohnraum konzentrierten. In der



Polizei-Bereitschaft beim Ausmarsch aus der Kaserne Olbrichtstraße

aussehen sollte, denn in den Kasernen schaltete und waltete ja die „Ketsch“, das Quartieramt der Sowjetarmee. Und diese Ketsch holte alles aus den Kasernen heraus, was herauszuholen war – und mehr. In Diskussionen wurde auch der Wunsch geäußert, die Kasernen ganz dem Erdboden gleichzumachen. Begonnen wurde damit bereits in der Kaserne der 107er an der Max-Liebermann-Straße. Hier und an der Grenze zum Lazarett wurden die ersten Mannschaftsgebäude niederrissen. Das dabei gewonnene Baumaterial soll zum Bau von Neubauernhäusern in der Umgebung von Leipzig verwendet worden sein. Dokumente dafür ließen sich jedoch bisher nicht

106er-Kaserne an der Georg-Schumann-Straße sollten im Hauptgebäude etwa 70 Wohnungen entstehen. Ein anderer Plan sah vor, Teile aus diesem längsten europäischen Kasernengebäude herauszubrechen und so mehrere mehrgeschossige Wohngebäude entstehen zu lassen. Der Kasernenhof sollte mit 18 Wohnhäusern bebaut werden. Das Ganze scheiterte jedoch an der Tatsache, dass sich hier das Quarantänelager für Heimkehrer befand.

Die 107er und die Ulanen-Kaserne (heute General-Olbricht-Kaserne) sollten ebenfalls zu Wohnungen umgebaut werden, jedoch war auch der Abriss eines Teils der Gebäude vorgesehen. Auch in der Hindenburgka-

serne an der Max-Liebermann-Straße und der Artilleriekaserne am Viertelweg sollten Wohnungen entstehen, jedoch war hier die Planung noch nicht konkret. blieb die Kirchbachkaserne (Trainkaserne/Werk Motor). Hier sollten die Mannschaftsgebäude dem FDGB zur Verfügung gestellt werden und die Hallen und Werkstätten sollten die Stadtwerke erhalten. Das Offiziersheim am untersten Ende der Olbrichtstraße (Nr. 2a) sollte zu einem Pflegeheim werden, das Stabsgebäude (Haus 22) ein Altenheim und das Kammergebäude ein Kindergarten.

Begonnen wurde umgehend mit dem Umbau der Mannschaftsgebäude an der Olbrichtstraße

und der Max-Liebermann-Straße. Das stieß jedoch auf größere Schwierigkeiten, denn man wollte Häuser umbauen. Zum Teil standen aber nur noch die Häuserwände, und sogar die Fußböden, Balken und Treppenhäuser waren ausgebaut. Und während mit den Umbauten begonnen wurde, baute die Ketsch weiter fleißig ab. Damit waren harte Auseinandersetzungen zwischen der Stadt, allen voran OBM Zeigner, und der Kommandantur vorprogrammiert. Bei den zum Umbau vorgesehenen Gebäuden waren grundsätzlich Fenster, Türen, Installation und Versorgungsleitungen ausgebaut.

• **DIETER KÜRSCHNER**

Allen Dulles und sein „wichtigster Spion“

Er hieß Fritz Kolbe, 1939 Referent im Büro des Verbindungsmannes des Auswärtigen Amtes zum Oberkommando der Wehrmacht, Sonderbotschafter Karl Ritter. In diesem Büro liefen u. a. alle Telegramme der deutschen Botschaften zusammen. Im Laufe der Jahre erhielt Kolbe Kenntnis von zahlreichen Verbrechen hinter den Fronten. Als „deutscher Patriot mit menschlichem Gewissen“ wollte und konnte er sie nicht mehr für sich behalten. Er entschloss sich, einen eigenen Beitrag zur Verkürzung des Krieges zu leisten. Während einer Dienstreise als Sonderkurier in die Schweiz nahm Kolbe 1943 erstmals Verbindung mit dem amerikanischen Nachrichtendienst OSS

auf. Der Chef der amerikanischen Dienststelle in Bern, Allan Dulles, nahm sich persönlich der deutschen Informationen an und gab Kolbe den Decknamen George Woods. Kolbe übergab dem US-Spionagechef für Europa ein ganzes Bündel Dokumente aus der Wilhelmstraße, dem Sitz des Auswärtigen Amtes des Dritten Reiches. Darunter befanden sich ein Lageplan des Oberkommandos der Wehrmacht, Wolfsschanze, und Informationen über die Entwicklung von Vergeltungswaffen in deutschen Rüstungsbetrieben.

In der Zentrale der OSS wurden diese Topinformationen anfangs mit großer Skepsis betrachtet. Dennoch wurden viele von ihnen dem US-Präsidenten Roo-

sevelt zugeleitet. Bis zum Kriegsende waren es immerhin 2600 der geheimsten Unterlagen des „AA“. Kolbe gelang es nach dem Krieg, in die Schweiz zu emigrieren, wo er 1971 an Krebs verstarb. Lucas Delattre, einem französischer Journalisten, war es vorbehalten, die erst im Jahre 2000 von der CIA freigegebenen Personalakten Kolbes einzusehen. Der heutige Sekretär beim Europarat hatte als bisher einziger Historiker Zugang zum Privatarchiv von Kolbe. • **FRANZ-KARL HITZE**

Lucas Delattre: Fritz Kolbe. Der wichtigste Spion des Zweiten Weltkrieges. Piper-Verlag München 2004. 386 Seiten, 22,90 Euro



Eulenspiegel Verlag, Berlin 2004, 6,90 Euro



Von
KLAUS HUHN

Sie haben garantiert noch nicht vergessen, dass vor einigen Tagen brasilianische Fußballstars in Berlin gastierten und dort „nur“ 1:1 spielten. Nein, Sie können es gar nicht vergessen haben, weil ein ganzer Fernsehabend damit draufging und vor allem mit den „klugen“ Kommentaren von Leuten, die von sich zu glauben scheinen, sie seien die Weisen der Weltgeschichte des Fußballs. Um es kurz zu machen: Die brasilianische Nationalelf bestritt ein Freundschaftsspiel gegen Deutschland. Es endete 1:1 und ging um nichts. Anzumerken wäre höchstens, dass Klinsmann dabei seinen Trainer-Einstand gab, dass man ihm alles Gute für seinen Job wünscht, ernsthafte Kommentare aber erst erwarten kann, wenn es eines Tages um etwas geht. Damit ist vorerst nicht zu rechnen, weil sich die Klinsmann-Elf für die Fußball-WM als Gastgeber nicht qualifizieren muss. Das wussten Sie natürlich alles längst und ich wusste auch, dass Sie es wissen, wollte aber noch mal

daran erinnern, weil es in dem Medientrübels vergessen werden könnte. Noch kürzer formuliert: Mein einstiger Kollege Wolfgang Behrendt, erster Olympiasieger der DDR, pflegte beim Skat regelmäßig zu prophezeien: „Hinten kackt die Ente!“ und hatte nicht ganz Unrecht.

Mit dieser Erinnerung an „Wölfchen“ bin ich ohne umständliche Überleitung beim Thema Olympia, das noch immer die Gemüter bewegt. In der von mir herausgegebenen Zeitschrift „Beiträge zur Sportgeschichte“ wird der clevere Analytiker Helmut Horatschke eine Bilanz ziehen, wie sie bislang noch keiner zog. Nur einige Zahlen daraus. Von allen deutschen Olympiastartern in Athen zusammengenommen kamen 31,4 Prozent unter die ersten sechs in ihren Disziplinen und 68,6 Prozent fanden sich auf den Rängen sieben bis Letzter wieder. Die olympische Talfahrt der Deutschen spiegelt sich auch in der Punktwertung wieder (gewertet wurden die Plätze eins bis sechs, und zwar mit 7, 5, 4, 3, 2, 1 Punkten): 1992 waren es 545,5 Punkte, 1996 noch 476, 2000 nur noch 408,6 und 2004 blieben ganze 347,5. Ein Kommentar dazu erübrigt sich! Auch dazu, dass Deutschland in der Leichtathletik-Länderwertung mit Katar und Grenada auf einem Rang liegt!

Jetzt werden natürlich Ursachen gesucht. Eine könnte ich auf der Stelle liefern: Man hatte vor der Abreise auf die von einigen geforderte Stasikontrolle aller Beteiligten bestanden und dann darauf verzichtet. Was mögen die sich dabei gedacht haben? Wir kommen noch auf das Thema zurück. Zunächst aber zu den „Maßnahmen“, die bereits eingeleitet werden. Man will die Lei-

tungen des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) fusionieren. Da hätte man nämlich endlich mal einen Schritt getan, von dem niemand behaupten könnte, er sei von der DDR übernommen.

Ohne DDR-Erfahrungen aber wird man wohl kaum auskommen. Geradezu amüsant ist es, jetzt überall zu lesen, wie man im vereinten Deutschland dabei ist, die KJS zu erfinden. Die *Welt* titelte herausragende Erkenntnisse am 6. September mit der Zeile „Und um zehn ist das Licht aus“. Eine der Botschaften kam aus dem Judo-Leistungszentrum Abensberg, wo dessen Leiter, ein gewisser Otto Kneiting, verkündet hatte: „Nun haben die Schüler einheitlich morgens knappe zwei Stunden Training und werden anschließend von einem Busdienst in die jeweiligen Schulen gefahren ... Das erleichtert die Doppelbelastung. Bei all dem Training und Wettkämpfen bleibt kaum Zeit für anderes.“ Aus dem Olympiastützpunkt Westfalen-Bochum wurde gemeldet: „In Topzeiten, etwa vor Weltmeisterschaften, kommen die Sportler auf rund 35 Stunden Training in der Woche – zusätzlich zur Schule ... Wir haben hier ... Kinder und Jugendliche mit einer ganz konkreten Zielsetzung ... und abends um zehn ist das Licht aus.“ Sie gähnen? Ich auch! Aber darf ich jetzt schreiben, dass in Abensberg und Westfalen-Bochum „Kaderschmieden“ geschaffen wurden? Und was sollen die dort trainierten Athleten eines Tages tun? Medaillen holen! Für wen? Für Deutschland!!!

Und wenn noch ein halbes Stündchen bei der Schinderei zwischen Schulbank und Trainingshalle bleibt?

Dann lädt die Landesvertretung Thüringen in Berlin zu einem Diskussionsabend, sozusagen zum Parteilehrjahr 2004 ein. Thema war dort am 9. September 2004: „Spitzelsport und Goldmedaillen“ und das konkrete Anliegen: Wenn DSB und NOK fusionieren, „könnten ja auch die Grundsätze über Ethik und Moral überprüft werden.“ (Berliner Zeitung vom 11. 9. 2004, S. 18) Und es wurde nicht nur dahergeredet, sondern eine „Berliner Erklärung zu Stasi-Belastungen im deutschen Sport“ präsentiert. Und zwar von Giselher Spitzer, von dem man sich erzählt, dass er früher über einen Bundeswehrsoldaten NVA-Soldaten agitieren wollte und also in der Branche blieb. Man sagt, er habe die „Erklärung“ in Fragen aufgeschlüsselt. Zum Beispiel: „Wie hoch ist der Anteil an IM und MfS-Hauptamtlichen in leitenden Positionen des Sports?“ Das könnte ein Forschungsauftrag werden, finanziert von der Birthler-Behörde.

Blieben noch ein paar Fragen: Wer holt künftig Medaillen für Deutschland? Und wer schießt Tore bei der Weltmeisterschaft? Einiges deutet darauf hin, dass die Spitzer-Fragen hierzulande noch immer Vorrang haben!

Und weil alle von Hartz IV reden, tue ich es auch. Deutschland war das einzige Land der Erde, dass zwei öffentlich-rechtliche Fernsehteams zu Olympia schickte. Jeden zweiten Tag war bei einem Sender „Ruhetag“. Ich will nicht ausrechnen, was das kostete. Aber ein Land, dessen Leichtathleten mit Katar und Grenada auf einer Stufe stehen, muss sich das leisten können!

Sportkolumne

Zusammen mit Katar und Grenada

Offener Brief an die Chefredakteure der drei Zeitungen „Leipziger Volkszeitung“, „Freie Presse“ und „Sächsische Zeitung“

Nach den Stimmengewinnen, die rechtsextreme Parteien bei den Kommunalwahlen in Sachsen, nunmehr aber auch bei den Landtagswahlen im Saarland erzielt haben, befürchten wir, dass auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen die NPD von der Unzufriedenheit und Verunsicherung über die gegenwärtige Bundespolitik profitieren könnte. Es ist uns eine unerträgliche Vorstellung, dass damit eine Partei in den Sächsischen Landtag einziehen könnte, die in der gewalttätigen rassistischen Neonaziszene verankert ist und politisch an die finsternen Zeiten deutscher Geschichte anknüpft.

Wir vermissen gerade in den von Ihnen geleiteten Medien eine dem Ernst der Sache angemessene und klare Auseinandersetzung mit dieser für uns alle beschämenden und für den Freistaat Sachsen äußerst schädlichen Situation. Es muss umso mehr verwundern, mit welcher Intensität unter dem Extremismusvorwurf oftmals ein Gleichheitszeichen zwischen NPD und PDS gesetzt bzw. darüber hinaus offenkundig die Demontage des PDS-Spitzenkandidaten als publizistische Hauptaufgabe angesehen wird. Die Frage, um die es aus unserer Sicht heute allen ihrer Verantwortung bewussten Journalisten gehen sollte, ist doch die, wie es den demokratischen Kräften gemeinsam gelingen kann, den Einzug von Faschisten in den Landtag zu verhindern. Wir bitten Sie daher eindringlich, die Ihnen zu Gebote stehenden Mittel und Möglichkeiten in diesem Sinne zu nutzen.

Sachsen hat eine demokratische und weltoffene Zukunft oder es hat keine.

Unterzeichner:

Prof. Dr. Friedrich Albrecht, Literaturwissenschaftler (Leipzig)

Prof. Dr. Hella Brock, Musikwissenschaftlerin (Leipzig)

Fred Delmare, Schauspieler (Taucha)

Prof. Dr. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender VVN/BdA (Berlin)

Klaus Huhn, Verleger (Berlin)

Rainer Klis, Schriftsteller (Chemnitz)

Jochen Kretschmer, Schauspieler (Dresden)

Günter Saalmann, Schriftsteller (Chemnitz)

Dr. Bärbel Schindler-Saefkow, Deutscher Friedensrat (Berlin)

Eckhart Spoo, Publizist (Berlin)

Hans-Jochen Vogel, Pfarrer i.R. (Chemnitz)

Anzeige

Direktkandidaten im Leipziger Land zur Landtagswahl



Günter Kolbusa
Wahlkreis 23
Leipziger Land 1



Dr. Monika Runge
Wahlkreis 24
Leipziger Land 2

Sozial, mit aller Kraft.

PDS

Am 19. September PDS wählen!

BEI ANDEREN GELESEN

Es lebe der Betriebskindergarten! Nicht in der Form wie in der DDR – heute würde sich keine Firma ein ganzes Gebäude samt Personal ans Bein binden. Aber die damalige Sichtweise stimmt schon: Kinderbetreuung ist der Schlüssel dafür, dass Frauen in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können. Die ersten Firmen schalten sich jetzt wieder mit ein, sichern sich durch Geld und Projektarbeit einige der knappen Krippenplätze und reaktivieren gleich noch die

Erzwungene Einsicht

guten alten Patenbrigaden. Erzwungen durch die Einsicht, dass junge Fachkräfte heute beruflich vorwärts kommen und zugleich Kinder haben wollen – und beides zusammen sich nicht zur Privatsache deklarieren lässt. Diese Entwicklung benachteiligt allerdings das Gros der Eltern, die nicht auf Firmenunterstützung rechnen können. Oder die erst auf der Suche nach einem festen Arbeitsplatz sind. Denn es gibt wenig Aussicht, dass Politik und Kommune die Not an Krippenplätzen als vordringliches Thema ansehen oder gar in absehbarer Zeit lindern werden. An der Verwaltung des Mangels wird bloß herumgedoktert – das war's. • KERSTIN DECKER
LVZ, 14. 9. 2004

Wenn es die LVZ nicht druckt ...

EKKEHARD FRITZ aus Leipzig schrieb an den LVZ-Chefredakteur:

Wer ist denn nun wirklich die Zielscheibe Ihres elenden Enthüllungsjournalismus, des Rufmordes? Dr. Peter Porsch etwa? Oder vielleicht doch eigentlich die PDS? Was müssen Sie für eine panische Angst haben vor dieser Partei, so kurz vor der Landtagswahl! Es ist grotesk. Und die LVZ überbietet in Hass und Schwachsinn noch Bild. Es fehlt nur noch das berühmte Bild eines Bolschewisten mit einem Messer zwischen den Zähnen, mit dem schon die Nazi-Presse hetzte. Dann wird es Zeit, die LVZ abzubestellen. Nun erst recht: Peter Porsch.

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Die Redaktion

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, warnte vor einer Instrumentalisierung der Montagsdemonstrationen für falsche Zwecke. Er habe „große Sorge“, äußerte er in der „Berliner Zeitung“, dass der Unmut der Bevölkerung von „politischen Rattenfängern“ missbraucht werde. „Wir wollen zunächst sehen, wer da politisch am Werk ist“, fügte er noch hinzu.

Wie viele Bürger war NAOMI-PIA WITTE aus Leipzig darüber empört, deshalb schrieb sie an den DGB-Chef:

„Sehr geehrter Herr Sommer, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, DASS ICH KEINE RATTE BIN!!! ...

Aber es ist ja nur konsequent, dass ein Gewerkschaftsbund, der sich seit Jahrzehnten ausschließlich der Besitzstandswahrung und -erweiterung der noch in Arbeit Befindlichen widmet und die aus dem Arbeitsprozess hinausgedrängten Menschen links liegen lässt, sich nun auch der Sprache der Neoliberalen bedient, die die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ja gemeinhin mit Faulenzer, Sozialschmarotzer u. ä. Ausdrücken belegen. Die Bezeichnung als Ratten ist dabei nur eine geschmacklose Steigerung. Eine Assoziation in Richtung Rattengift zur „Endlösung“ der Arbeitslosenfrage liegt da nicht weit.

Sehr geehrter Herr Sommer, ich lasse mich von niemandem fangen oder instrumentalisieren – im Gegensatz zu den Spitzenvertretern von Verbänden und Politik habe ich meine fünf Sinne noch beieinander.

Es ist auch nicht „Unmut“, warum ich zur Demonstration gehe. Ich war einmal Beamtin der BRD und als solche habe ich einen

„Herr Sommer, ich bin keine Ratte“

Amtseid auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Damit ist es mir noch heute ernst, weil ich unsere Verfassung als eine der Besten auf dieser Welt ansehe. Im Grundgesetz steht, dass die Bundesrepublik ein sozialer und demokratischer Bundesstaat ist. ...

Sehr geehrter Herr Sommer, ich gehe zur Montagsdemonstration, weil ich mir als Staatsbürgerin im Moment ernsthafte Sorgen mache um den Fortbestand der im GG festgelegten Sozialstaatlichkeit.

... Ich arbeite in einem gemeinnützigen Verein und berate Menschen in sozialen Notlagen. Aufgrund der vielen Gespräche, die ich täglich mit den von Hartz IV Betroffenen führe, kann ich Ihnen mitteilen, dass die Menschen hier im Osten eine Stinkwut im Bauch haben, und nicht zuletzt deshalb sollten sich die „Spitzenvertreter“ genau überlegen, was sie öffentlich von sich geben. Wenn noch mehr solche Äußerungen, wie sie in den letzten Tagen von Herrn Minister Clement und nun auch noch von Ihnen getätigt wurden, die Runde machen, besteht die Gefahr, dass es im Osten nicht nur einen heißen Herbst gibt, sondern dass der Osten im Herbst brennt. Dies kann nicht im Sinne verantwortlicher Menschen sein.

Aus der Vorwärtsverteidigung des Sekretariatsleiters des DGB-Vorsitzenden, Bernhard Schulz:

Sehr geehrte Frau Witte, den Begriff „Rattenfänger“ hat Michael Sommer für alle Bürgerinnen und Bürger eingegrenzt. Und zwar bezieht er sich auf zahlreiche rechtsradikale Politiker, die derzeit versuchen, sich an die Spitze der Montagsdemonstrationen zu setzen. Diese Unterwanderung und die Instrumentalisierung friedlicher und demokratischer Proteste durch antidemokratische Kräfte kann der DGB nicht unterstützen. Im Gegenteil. Wir bekämpfen solche politischen Organisationen wie die NPD und die DVU. Für sie gibt es keinen Spielraum innerhalb der Gewerkschaften. Und überall dort, wo sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften engagieren, werden sie solchen Organisationen keinen Raum einräumen.

Wir wissen aber sowohl aus Brandenburg, aus Sachsen-Anhalt und aus Sachsen, dass rechts-extreme Gruppierungen und Parteien wie NPD oder DVU versuchen, die Montagsdemonstrationen zu instrumentalisieren. Dagegen hat sich Michael Sommer gewandt.

Im übrigen hat Michael Sommer – was die Berliner Zeitung nicht zitiert – erklärt, dass es wegen der unübersichtlichen Lage in der Verantwortung der DGB-Organisationen in den Regionen, den Landesbüros und den Bezirken liegt, welche berechtigten Proteste sie unterstützen. Sie sollen auch darauf hinwirken, dass antidemokratische Organisationen in diesen Veranstaltungen nicht aktiv werden können.

Günter Scholze

Semantisches Schlaflied

O wie wohl ist uns am Abend
wie erquickend, ach wie labend,
hier und auch an andren Orten
bei den schönen neuen Worten!
Alles wird freundlich, leicht und mild,
wenn ein neues Wort jetzt gilt.

Das, was uns Ängste schafft,
viel Unheil durch Gesetzeskraft,
wenn wir es „Reform“ benennen,
ist nichts Schlechtes zu erkennen.
Alles wird freundlich, leicht ...

Es wirkt wie eine Badekur:
aus „Arbeitsamt“ wird „Agentur“.
Ein „Fallmanager“ hilft vor Ort.
Welch wunderbares neues Wort!
Alles wird freundlich, leicht ...

Und dann „Hartz IV“, wie ärgerlich!
Es klingt inzwischen widerlich.
Neues Wort wird bald gefunden.
Nun kann kranke Welt gesunden.
Alles wird freundlich, leicht ...

Die Sorgen lassen uns in Ruh
– Affe tot und Klappe zu.

Bloß drei einfache Fragen, lieber Minister

die Bundesminister richten sich meine drei Fragen.

1. Würden Sie, lieber Minister, ganz persönlich in der Lage sein, als Alleinstehender mit 331 Euro und einigen Zuschlägen für Miete und Heizung im Monat ein menschenwürdiges Leben im reichen Deutschland zu führen?

Wenn ich mich nicht irre, verdienen Sie mindestens das Dreißigfache, mindestens 10 000 Euro im Monat.

2. Was haben Sie, lieber Minister, bisher ganz persönlich getan, um „Menschen in Arbeit zu bringen“, wie Sie in der Anzeige

schreiben? Warum gelang es in den letzten zehn und mehr Jahren nicht, die Zahl der Arbeitslosen ernsthaft zu vermindern? Die gegenwärtigen Hoffnungen liegen in niedrig bezahlten Beschäftigungen, wie zum Beispiel für 1 Euro die Stunde. Würden Sie, lieber Minister, eine Arbeit annehmen für ganze 160 Euro im Monat?

3. Sie wollen am Einkommen für die Langzeitarbeitslosen sparen, um die Staatsverschuldung zu reduzieren. Aus den öffentlichen Haushalten kommen aber nicht nur die Ausgaben für die Arbeitslosen- und

Sozialhilfe, sondern auch die hohen Gehälter für Spitzenverdiener im öffentlichen Dienst, wozu auch Sie, lieber Minister, gehören. Würden Sie persönlich auf zwei Drittel Ihres Einkommens verzichten, um den Bundeshaushalt zu entlasten? Sie hätten immer noch das Zehnfache von dem, was Sie den Beziehern des neuen Arbeitslosengeldes II zumuten.

Die Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger sind genauso Menschen wie Sie, die Minister der Bundesregierung. Was Sie ihnen zumuten, müssten Sie auch selbst bereit sein, auf sich zu nehmen. Wären Sie es?

Wenn nicht, dürften Sie auch nicht Maßnahmen wie bei Hartz IV beschließen und sie dann noch rechtfertigen, wie in oben genannten Anzeigen.

Als Frau Prof. Dr. EVA MÜLLER aus Taucha am 24. 8. in der LVZ die erste Anzeige der Bundesregierung „Hartz IV: Fakten statt Vorurteile“ sah, verfasste sie unverzüglich eine Leserzuschrift, die in der LVZ bisher nicht erschien.

Nun bat sie uns – wie das immer öfter immer mehr Leser in ähnlichen Fällen tun, ihren Brief abzdrukken. Wobei inzwischen ja schon weitere Blätter, beispielsweise hallö! Leipzig die Regierungsanzeigen druckten.

Eva Müller hatte folgenden Text an die LVZ gesandt:

Der Autor dieser Anzeige stand nur ganz klein oben in der Ecke: „Die Bundesregierung“. Im Text war zu lesen: „Wir geben Antworten ...“

An diese „Wir“, also an die Mitglieder der Bundesregierung, an

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Die für **Sonntag, 3. Oktober, 14 Uhr**, im Rahmen des Einheizmarktes der PDS auf dem Burgplatz angekündigte Podiumsdiskussion der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen „**Ohne Herkunft keine Zukunft – Der Herbst 1989**“ mit Lothar Bisky, PDS, und Hans-Jochen Tschiche, B90/Die Grünen, findet nicht statt, da der Einheizmarkt ausfällt

Dienstag, 21. September, 17.30 Uhr, Leipzig
Fritz Behrens und die heutige Linke. Mit Dr. Hans-Georg Draheim, Leipzig
Harkortstr. 10

Dienstag, 21. September, 18 Uhr, Leipzig
StipendiatInnenseminar **Tatpfer und Strafe. Eine rechtsphilosophische Betrachtung.** Mit Anja Schmidt, Stipendiatin
Harkortstr. 10

Donnerstag, 23. September, 17.30 Uhr, Leipzig
Rosa Luxemburg und die polnische und russische Literatur. Mit Prof. Dr. Erhard Hexelschneider, Leipzig ***
Harkortstr. 10

Sonnabend, 25. September, 9.30 Uhr, Leipzig
Demonstrationen, Paraden, Kundgebungen. Perfekt angemeldet – perfekt durchgeführt. Mit Matthias Gärtner, MdL Sachsen-Anhalt, und Kay Werner, Jurist, JBW Dresden und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Anmeld.: kontakt@jugendbildungswerk.de. Teilnehmerzahl begrenzt auf 15 ***
GIRO e. V., Zwenkauer Str. 25

Dienstag, 28. September, 18 Uhr, Leipzig
Ludwig Feuerbach zwischen Marx und Nietzsche. Mit Dr. Jens-Fietje Dwers, Jena ***
Harkortstr. 10

Mittwoch, 29. September, 19 Uhr, Leipzig
UnternehmerInnenstammtisch. Moderation: Dr. Christel Neuhaus
Ratskeller, Lotterstr. 1

Mittwoch, 29. September, 14.30 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: **Die Informationsgesellschaft als eine Etappe im Kapitalismus.** Mit Prof. Dr. rer. nat, habil. Alexander Andreeff, Dresden. In Zusammenarbeit mit der Seniorengruppe Chemnitz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Begegnungsstätte, Scheffelstr. 8

Sonnabend, 2. Oktober, 10 Uhr und Sonntag, 3. Oktober, Oberau
Queertheorien, der Weg durch das dekonstruierte Geschlechter-durcheinander? Mit Bettina Schmidt, Autorin, und Heinz-Jürgen Voß, AG Queer, JBW Dresden und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Anmeldung: kontakt@jugendbildungswerk.de. Teilnehmerzahl begrenzt auf 20
Schloss Oberau (Bhf. Niederau b. Dresden), Thomas-Müntzer-Ring 6

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

EHRE SEINEM ANDENKEN

Wir trauern um Genossen

Karl Paulat

geb. 8. Mai 1909 verst. 8. August 2004

Er stand ein langes Leben links seinen Mann als antifaschistischer Widerstandskämpfer; Mitglied der KPD seit seinem siebzehnten Lebensjahr; Mitglied im Rotfrontkämpferbund; als Häftling im KZ Colditz (Sachsenburg); als Mitglied des Internationalen Komitees der Verfolgten des Nazi-Regimes sowie als jahrzehntelanger Funktionär der Gewerkschaft IG-Bergbau/Energie.

PDS-Kreisvorstand	PDS Ortsverband	Basisgruppe
Leipziger Land	Borna	Borna-Ost

Erwerbslosenzentrum zieht um

Das Leipziger Erwerbslosenzentrum (LEZ) zieht in die Elsterpassage, Zschochersche Str. 48A. Geöffnet ist die Einrichtung des sächsischen Arbeitslosenverbandes ab 27. September montags und mittwochs 9–17 Uhr, dienstags und donnerstags 9–18 Uhr und freitags 9.00–14 Uhr. Telefon (0341 9614121), Fax, E-Mail und Internetadresse bleiben.

Das LEZ informiert und berät arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Bürger zum Arbeits- und Sozialrecht. Insbesondere Hilfe für ALG II-Antragstellung, Bewerbung und Weiterbildung, zu Schuldenproblemen und Existenzgründung. Arbeitsvermittlung, Computer- und Sprachtraining sowie Betreuung von Aussiedlern sind weitere Leistungen. Betroffene können sich in den Selbsthilfegruppen Seidenmalen, Klöppeln, Malen und Zeichnen und Fotografie kreativ beschäftigen. Die Begegnungsveranstaltung „Sächsisches Frühstück“ jeden Dienstagvormittag bietet Unterhaltung und allgemein interessierende Vorträge.

Name und Familienwappen waren für Friedrich von Fuchs Beweggrund, Gegenstände zusammenzutragen, die das Thema *Fuchs* in beliebiger Form tangieren. Seit rund vier Jahrzehnten sammelt er akribisch Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Bücher, Keramiken, Porzellan, Plastiken, Kuriositäten u. v. a. Von den etwa 2000 Objekten seines „Fuchs-Museums“ im Hessischen Linden zeigt das Naturkundemuseum 250 der kostbarsten Stücke. Veranschaulicht werden der Fuchs in der Fabel und als reales Lebewesen, als sprachliches Bild und als Gegenstand künstlerischer Abbildung. Goethes „Reineke Fuchs“ als Erstausgabe von 1794 und viele Zeugnisse der Illustration des

Sonderausstellung im Naturkundemuseum: Vulpiaden**Alles über den Fuchs**

Werkes gehören ebenso dazu wie Darstellungen, die die natürliche Umwelt des Fuchses und lebensstypische Situationen verkörpern, wie das Erlegen der Beute oder der Umgang mit den Jungtieren.

Die Verwendung des Fuchsmotivs, der Gebrauch des Namens als Synonym für einen schlaunen Menschen oder als Eigenname ist ein weiterer Themenkomplex. Gezeigt werden außerdem zahlreiche Kinder- und Jugendbü-

cher, die die vielfältige weltweite Umsetzung des Themas in der Literatur von Beginn des 19. Jahrhundert bis heute widerspiegeln.

Fotos und Grafiken von Kunstwerken aus ganz Europa werden in einer weiteren Objektgruppe zusammengefasst. Dazu gehören Mosaiks, Stuckarbeiten, Denkmäler u. a.

Es versteht sich, dass Besucher einer naturkundlichen Einrichtung auch umfassende Informationen über den Fuchs (*Vulpes vulpes*) erhalten. Mit einem Präparat sowie Beiträgen über das sich hervorragend an seine Umgebung anpassende Tier ergänzt das Naturkundemuseum diese Schau. – Die Sonderausstellung wird bis zum 31. Oktober gezeigt. • E. F. / LN

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

23. 9., 16.30 Uhr: Erinnerungen – aus meiner Jugendzeit im Nazi-reich. Erzählt von Prof. Dr. Johannes Aurich

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

21. 9., 10 Uhr, 22. 9., 10 und 19 Uhr: Das Herz eines Boxers – ab 12 Jahre

24. und 25. 9., 19 Uhr: Spiel mir das Lied vom Peng! Jugendtheaterprojekt – ab 13 Jahre

1. und 2. 10., 19 Uhr: Blau. Performance – ab 13 Jahre

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

24. 9., 19 Uhr: Frauen in Afghanistan – Vortrag und Diskussion mit Rudaba Bahdakshi & Afsana. Anschließend Konzert mit Afsana

25. 9., 22 Uhr: Frauendiskothek im September mit DJane Claudia K.

30. 9., 20.30 Uhr: Wasser – Ursprung, Quelle und Träger des Lebens – Mythos und Märchen mit der Schauspielerin Susanne Krämer, Leipzig

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11

22. 9., 19.30 Uhr, Oberlichtsaal, 2. Etage: Buchpremiere mit Patrick Roth **Starlite Terrace**

23. 9., 9 Uhr, Bibliotheksgeschichtliches Kabinett, 4. Etage: **Der Islam in Deutschland: Gefahr oder Bereicherung?** Vortrag und Gespräch mit Nazif Telek für Kinder ab 13 Jahren

25. 9., 11 Uhr, Oberlichtsaal, 2. Etage: Anlässlich des 200. Todestages von Christian Felix Weiße **Zu Gast bei dem Leipziger Dichter und Kinderfreund**

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE**Im September neu bei uns:**

Bedingt dienstbereit. Im Herzen des BND – die Abrechnung eines Aussteigers. Ullstein HC, 24 Euro

Albrecht Müller: Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden ... Droemer/Knauf, 19,90 Euro

Jürgen Roth: Ermitteln verboten. Warum die Polizei den Kampf gegen die Kriminalität aufgegeben hat. Eichborn, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke

Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Häuser für Frieden

Im Stadtteilzentrum Messemagistr. Str. des 18. Oktober 10a, wurde am 1. September die Fotoausstellung „Plakate für Frieden – gegen Krieg“ der Berliner Fotografin Editha Künzel eröffnet. Die Veranstaltung wurde von Mitgliedern der Freitagswerkstatt eindrucksvoll umrahmt. Ihre zahlreichen Fotos zeigen Häuser vorwiegend im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg mit Plakaten/Transparenten gegen den Irak-Krieg der USA. Die Ausstellung ist noch bis Ende Oktober zu sehen. Die Veranstalter bitten, sich über die Öffnungszeiten telefonisch unter (0341) 2126211 zu informieren, da die Räumlichkeiten aus personellen Gründen nicht ständig geöffnet sind.



Foto: Ulrich

Frische Forellen

An einem nicht so sonnigen Augusttag macht sich unsere Gohliser Wandergruppe auf den Weg in das schöne Mühlthal. Mit der Bahn geht es über Zeitz bis zur Station Crossen (am Bahnhofsgebäude: Krossen). Von dort wandern wir über Hartmannsdorf und Rauda ins Mühlthal. In dem schattigen Tal hat der hungrige Wanderer die Qual der Wahl, in welcher der Mühlen, die längst zu Pensionen und Gaststätten ausgebaut sind, er einkehren will. Auf vielen Werbetafeln am Straßenrand wird dazu aufgefordert, Forellen – frisch oder geräuchert – zu verspeisen.

Wir machen Rast in der Pfarrmühle. Zwischen den Gebäuden fließt der Bach, in dem sich in einem abgegrenzten Teil Forellen tummeln. Zwei Frauen auf einer kleinen

Brücke beobachten die munteren Tiere.

„... da schwimmen sie noch so schön hin und her, und dann ...“

Mehrere aus unserer Gruppe bestellen Forelle nach Müllerinnenart. Auch meine Frau. Na, schmeckt's, frage ich. Nicht besonders, zu trocken. Die anderen, deren Fischlein



größer waren, sind zufrieden. Gestärkt für die weitere Tour

nach Klosterlausnitz/Hermisdorf verlassen wir die Pfarrmühle.

Vor dem Eingang steht ein Kleintransporter mit der Firmenaufschrift ESSER.

Darunter: *Seefische, Hummer, Langusten.*

Das Autokennzeichen: HH. Also Hansestadt Hamburg.

Der Fahrer hat gerade zwei

Kühlbehälter entladen. Sicherlich auch in Anspielung auf die Wagenbeschriftung und die Kühlbehälter sagt jemand zu dem Fahrer: „Wir haben hier frische Forelle gegessen.“

Der lächelt und deutet auf die Kühlbehälter: „Ja, ich bringe hier auch schon die nächsten frischen

Forellen.“

• M. ERBE

Eigentor

Herr M. wollte gerade einen tief sinnigen Brief aus dem Gehirn klaben, da rumste es mal wieder über seiner Wohnung. Nach einigen Gesprächsversuchen mit dem Mieter über ihm, mit dem vergeblichen Wunsch, friedlich zu schlichten, verlor Herr M. eines Tages die Beherrschung und er brüllte auf: „Ruhäh!“ Was die Stimme hergab. Das ganze Haus musste es gehört haben.

In der Wohnung da oben werkelt es seit Monaten tagtäglich: bohren, schrammen, poltern. Selbst an den Weihnachtsfeiertagen hatte dieser Mensch keinen Respekt. Herr M. tönte wieder: „Ruhäh!“ Da beschwerte sich der Mieter bei der LWB, wegen Herrn M's Brülle-

rei. Und dann kamen zwei Sozialarbeiterinnen von der LWB und klingelten bei Herrn M. Zur Rede gestellt, äußerte er den Verdacht, dass in dieser Wohnung da oben irgendwelche Produktion läuft. „Wie wollen Sie das beweisen?“, misstraute die eine Sozialarbeiterin. Und die beiden sahen mit geübtem Blick, dass bei Herrn M. die Fenster längere Zeit nicht geputzt waren und der Fußboden reinigungsbedürftig war und überhaupt renoviert werden muss. Die Lärmbelästigung von oben spielte keine Rolle mehr. Herr M. fing eine Abmahnung. Und wenn die beiden – dieser Herr in der Oberetage und Herr M. – sich noch nicht totgeprügelt haben, dann leben sie noch heute, auch ohne Schiedskommission, die es in Vorzeiten ja mal gab.

Geschichten vom Herrn M.
aufgeschrieben von E. Fritz

rei. Und dann kamen zwei Sozialarbeiterinnen von der LWB und klingelten bei Herrn M. Zur Rede gestellt, äußerte er den Verdacht, dass in dieser Wohnung da oben irgendwelche Produktion läuft. „Wie wollen Sie das beweisen?“, misstraute die eine Sozialarbeiterin. Und die beiden sahen mit geübtem Blick, dass bei Herrn M. die Fenster längere Zeit nicht geputzt waren und der Fußboden reinigungsbedürftig war und überhaupt renoviert werden muss. Die Lärmbelästigung von oben spielte keine Rolle mehr. Herr M. fing eine Abmahnung. Und wenn die beiden – dieser Herr in der Oberetage und Herr M. – sich noch nicht totgeprügelt haben, dann leben sie noch heute, auch ohne Schiedskommission, die es in Vorzeiten ja mal gab.

Das muss mal gesagt werden: Die Obrigkeit kümmert sich auch um die Bürger, wenn keine Wahlen vor der Tür stehen. Das entdeckten wir jedenfalls, als wir durch Wolgast wanderten, wo bekanntlich demnächst nicht gewählt wird. Im Februar hatte die Stadtverwaltung die Rentner zu einem Gespräch – oder sagt man heute Talk? – geladen und um Verbesserungsvorschläge gebeten. Die kamen denn auch. Zum Beispiel der: Hisst die Stadtflagge über dem Rathaus! Jetzt traf man sich wieder und der Ordnungsamtsleiter soll in den Beifall der Alten hinein gesagt haben: „Eine gute Anregung, denn die Fahne schmückt unsere Stadt!“

Und Schmuck ist heutzutage verdammt wichtig. Auch für den Tourismus, denn nun kann man den Touristen aus nah und fern einen Ausflug nach Wolgast empfehlen, um dort die Stadtfahne zu bewundern. Auf dem Rathaus.

Zugegeben: Andernorts liegen die Dinge anders. Im thüringischen Schwarzta wurde ein Kran über Nacht

weggeholt, und dieses Signal war deutlicher als eine Stadtflagge. Am 1. Oktober sollte das neue Stadtzentrum eröffnet werden, mittendrin eine attraktive Senio-

Wanderungen durch Neufünfland

renwohnanlage. Aber von der stehen bislang nur ein paar magere Wände. Macht nichts: Neue Investoren sollen in Sicht sein. Und dann rollt auch eines Tages der Kran wieder heran. Schmuck muss sein und Geduld muss auch sein.

In Mengersgereuth-Hämmern im Thüringer Wald haben sie Kohlenmeiler und Köhlerhütten nachgebaut. Und dann gegrübelt, wie der Platz heißen könnte. Man erinnerte sich eines 1932 verstorbe-

nen rührigen Forstmeisters namens Freysoldt, und den wollte man nun ehren. An dem Tag, da die Namensvergabe beschlossen werden sollte, kam in der Gemeindevertretung Streit auf, weil niemand genau wusste, was Freysoldt eigentlich mit Mengersgereuth-Hämmern am Hut hatte. Die Frage konnte nicht geklärt werden. Sie redeten alle umeinander, wie man in solchen Situationen wohl zu sagen pflegt, und dann eskalierte der Streit noch, weil der CDU-Fraktionsgeschäftsführer die Verwaltung der Voreiligkeit zieh. Sie hatte nämlich schon Freysoldt-Schilder in Auftrag gegeben, ehe der Gemeinderat es beschlossen hatte.

Schmuck muss sein, Geduld muss sein, aber auch Ordnung und natürlich Streit. Sonst gibt es nämlich keinen „Ruck“.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Zur Zeit leben rund 3 Milliarden Menschen auf der Erde von der Landwirtschaft. Besser: Viele überleben davon. Ihre Produktion könnte von hochtechnisierten Agrarkonzernen übernommen werden. Über 2,5 Milliarden Menschen würden überflüssig. Sollen sie in die Slums der großen Städte abwandern? Oder sollen sie sich, wie immer mehr Bauern in Indien, das Leben nehmen? DLF 20. 8.

Wittenberge hat seit 1989 einen beispiellosen Niedergang erlebt. Jahrelang haben die Menschen geschwiegen. Jetzt hat sich ihre Wut entladen. Zwischen diesen Menschen und dem Kanzler gibt es keinen Gesprächsfaden mehr.

In Ostdeutschland werden ja viele Arbeitnehmerr unter Tarif bezahlt, während bei uns oft über Tarif entlohnt wird. Einer der Wirtschafts„weisen“ Beides DLF 25. 8.

41 Prozent aller Polen zwischen 15 und 21 Jahren suchen Arbeit. DLF 30. 8.

Warum diese Aufregung über die Montagsdemonstrationen? Da die Politik stückweise abgewirtschaftet hat, muss doch von irgendwo her eine neue Vitalität kommen. Prof. Weidenfeld, Politikwissenschaftler Bayer. Fernsehen 31. 8.

Das ist noch nicht ins Bewusstsein gedrungen und wurde bisher immer verdrängt: Noch vor einer Kriegserklärung, noch vor dem Beschuss der Westerplatte, wurde die polnische Kleinstadt Wielun durch einen Luftangriff deutscher Stukas zu 70 Prozent zerstört und dabei 1 200 Menschen, die völlig unvorbereitet waren, getötet.

Die bestbezahlten Lehrlinge dieser Republik: die Bundesregierung und die Opposition. Beides ZDF 31. 8.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Um in Deutschland die Straßennamen zu ändern, ist eine Revolution notwendig. Da fragt man sich, was notwendig ist, um Deutschland zu ändern.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:

BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062. E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

14. September

Die nächste Ausgabe erscheint am

1. Oktober

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40